

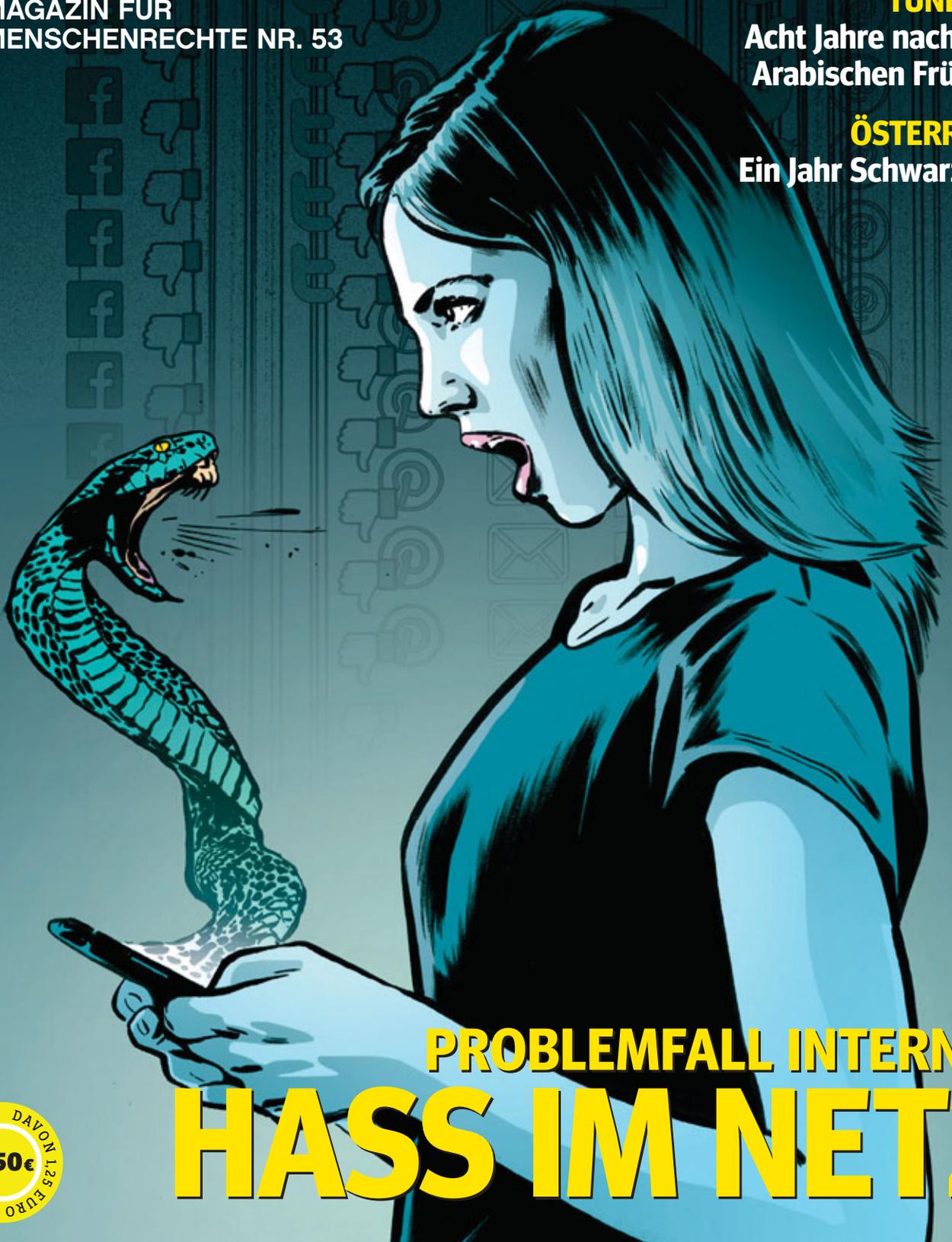
# mo

MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 53



**TUNESIEN**  
Acht Jahre nach dem  
Arabischen Frühling

**ÖSTERREICH**  
Ein Jahr Schwarzblau



PROBLEMFALL INTERNET  
**HASS IM NETZ**

2,50€  
DARON 1,25 EURO  
FÜR KOLPORTAGE

# Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



**JETZT SPENDEN!**  
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590  
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Sexismus, Aggression, Verschwörung:  
Problemfall Internet.

## Liebe Leserin Lieber Leser

Vor wenigen Tagen hat ein Gericht im US-Bundesstaat New Hampshire angeordnet, die Amazon-Sprachassistentin Alexa als Kronzeugin in einem Mordfall aufzurufen. Die Frauenstimme aus der Lautsprecherbox, die auf Zuruf eine schier unendlich lange Playlist abspielt, kann im Haushalt auch gut zuhören. Sie ist Segen und Fluch zugleich, also eigentlich kein Wunder, dass Amazon vorerst die Datenherausgabe für diesen Mordfall verweigerte. Alexa nimmt sich wie eine Allegorie auf das gesamte Internet aus. Vor kurzem wurden darin noch die Hoffnungen auf eine demokratischere Gesellschaft mit direkter Beteiligung gesehen, doch mittlerweile gleicht die öffentliche Wahrnehmung von Social Media und Internet geradezu einer Dystopie. Von Hass-Postings, Sexismus und rechten Verschwörungstheorien ist hier die Rede, während die nationalen Regierungen nur mühsam lernen, dass auch der Cyberspace rechtlich geregelt werden muss. Wir haben dem Internet ein Dossier gewidmet und fragen, ob die Demokratie so eigentlich noch zu retten ist? Und wir ziehen Bilanz: Ein Jahr nach Schwarzblau und acht Jahre nach dem Arabischen Frühling schauen wir, wie die Lage in Österreich und in Tunesien so ist.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Hibat-Ullah Khelifi



Foto: Karin Wasner

## Einstieg

### 2 CARTOON

MO-VerkäuferInnen und die Tücken des Straßenverkaufs.  
Illustration: P.M. Hoffmann

### 3 EDITORIAL

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Die Bundesregierung ruft zum „Kampf gegen Hass im Netz“ auf. Wie glaubwürdig ist das?  
Kommentar: Alexander Pollak

## Dossier: Hass im Netz

### 8 FAKE NEWS UND PUBLIC SHAMING

Statt der Demokratisierung der Gesellschaft brachte das Internet Verschwörungstheorien und Hassbotschaften. Ist sogar die Demokratie in Gefahr, wie manche meinen?  
Text: Gunnar Landsessel

### 12 RECHTE POLITIK UND IHRE FOLLOWER

Gerüchte und gestreute Falschmeldungen sind taugliche Mittel rechter Politik. Warum ist sie damit im Netz so erfolgreich?  
Text: Zoran Sergievski

### 15 SHOWGIPFEL MIT PANNEN

Zum Anti-Gewalt-Gipfel der Regierung torpedierte ausgerechnet die FPÖ die eigenen Absichten.  
Kommentar: Alexander Pollak

### 16 VERNETZTE HASS-KULTUR

Sexismus ist kein Online-Phänomen. Dennoch wuchert im Netz der Frauenhass ganz besonders.  
Text: Brigitte Theißl

## Welt

### 18 ACHT JAHRE ARABISCHER FRÜHLING. UND JETZT?

Tunesien ist das einzige Land, dessen demokratischer Aufbruch erfolgreich verlief. Doch die Euphorie ist verfliegen.  
Ein Lokalaugenschein von Nour-El-Houda Khelifi

### 22 WETTLAUF GEGEN DIE ZEIT

Familien werden getrennt, besonders gut Integrierte abgeschoben. Christoph Riedl (Diakonie) zieht Bilanz nach einem Jahr Schwarzblau.  
Interview: Eva Maria Bachinger

### 26 WAS HÄLTST DU VON EINER SENIOREN-WG?

Drei Patinnen von Jugendlichen, die aus Afghanistan geflüchtet sind, erzählen über ihre Erfahrungen.  
Text: Laura Marchler

### 27 IMPRESSUM

### 28 CHINA IST EINE ERZIEHUNGSDIKTATUR

Raimund Löw hat drei Jahre aus China berichtet. Ein Gespräch über Spielarten der Überwachung und den fehlenden Rechtsstaat.  
Interview: Gunnar Landsessel

### 31 EIN RÜCKZUG

Die Absage an den UN-Migrationspakt und der Dominoeffekt.

### 33 BINATIONALE PAARE

Dunja und Georg im Porträt.  
Text und Foto: Karin Wasner

## Rubriken

### 34 KOLUMNEN

Martin Schenk: Neid: Du oder ich (aber nie wir beide)  
Philipp Sonderegger: Best Practice – sicher nicht mit uns!

### 36 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Neulich am Flughafen  
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

### 37 SPOTLIGHT

Empowerment durch Kulinarik: das Cateringservice „Mumm’s“.  
Text: Nour El-Houda Khelifi

### 38 MEDIEN

Bücher: Die potente Frau / Feminismus sagt man nicht / Der Weg zur Prosperität / Peršmanhof. 25. April 1945 / Viktor hilft / Cyberwar – Die Gefahr aus dem Netz / Ich und die Anderen / Der gute Deutsche / No More Bullshite  
Film: Styx / Joy / Angelo

### 45 SOS MITMENSCH

Mindestsicherung und Notstandshilfe in Gefahr

### 46 ANDERE ÜBER ...

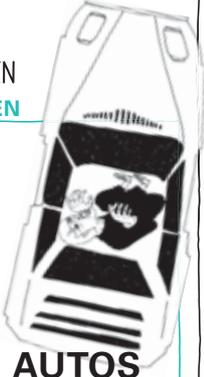
Sexuelle Belästigung im Internet. Der Fall Sigrid Maurer und warum der Gesetzgeber gefragt ist.  
Kommentar: RA Michael Pilz



SCHAUSPIELHAUS WIEN  
UNSERE KOMMENDEN  
PREMIEREN



**SCHLAFENDE  
MÄNNER**  
von Martin Crimp | ÖEA  
Regie Tomas Schweigen  
**8.11.-15.12.18**

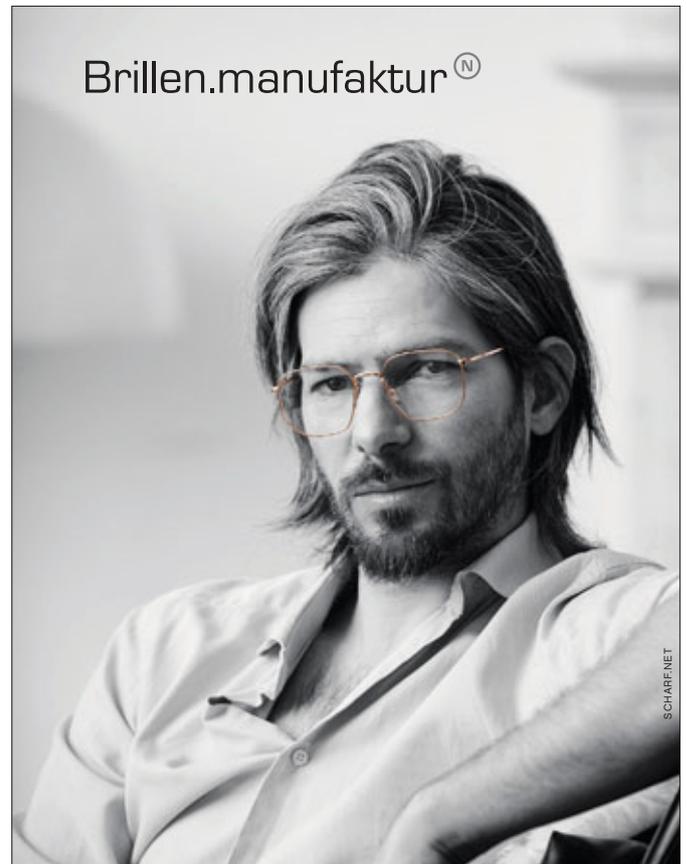


**AUTOS**  
von Enis Maci | UA  
Regie Franz-Xaver Mayr  
**12.-26.1.19**

In Koproduktion mit der ARGEkultur Salzburg.  
In Kooperation mit dem  
DRAMA FORUM von uniT Graz.



**SOMMER**  
von Sean Keller | UA  
Regie Elsa-Sophie Jach  
**9.-23.2.19**



1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr  
www.brillenmanufaktur.info

SCHARF.NET

# VIELFALT IM ZENTRUM

Die Integrationswerkstatt versteht sich als Kultur- und Bildungsstätte, die ein friedliches Miteinander unterstützt.

Unser Angebot umfasst Weiterbildungen und Workshops unter anderem zu den Themen:

- ▶ Chancengleichheit/Antidiskriminierung
- ▶ Diversity Management/Gender Mainstreaming
- ▶ Medienkompetenz/Digital Diversity
- ▶ Interkulturelle Kompetenz/Konfliktmanagement



**INTEGRATIONS  
WERKSTATT**

www.integrationswerkstatt.at  
office@integrationswerkstatt.at  
+43 677 619 880 20

**Theater  
Rabenhof**  
www.rabenhof.at

ab: 4. Jänner

# ARIK

**Die wunderbar realistische Welt  
des fantastischen Herrn Brauer**



**Haltungsübung Nr. 16**

**Blickwinkel**

**ändern.**

Haltungsübung für Fortgeschrittene: Legen Sie jeden Tag ein paar Mal den Kopf zur Seite und betrachten Sie die Welt aus einem anderen Blickwinkel. Das ist gut für den Nacken. Und noch besser für Ihren Kopf.

[derStandard.at](http://derStandard.at)

**Der Haltung gewidmet.**

**DERSTANDARD**

## HANDLUNGSBEDARF

# Im Fadenkreuz: Frauen mit Kopftuch

Die Bundesregierung ruft zum „Kampf gegen Hass im Netz“ auf. Wie glaubwürdig ist das?

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Die „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ haben kürzlich die von der Bundesregierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe für eine Kampagne genutzt, die in einem Tabubruch gemündet hat.

Zwei Bilder wurden von den „Freiheitlichen Arbeitnehmern“ via Facebook verbreitet: Auf dem einen Bild ist eine lächelnde dunkelhäutige muslimische Frau mit Kopftuch zu sehen. Auf dem anderen Bild sind zwei fröhlich lachende hellhäutige muslimische Frauen mit Kopftuch zu sehen.

Beide Bilder wurden mittels Computerprogrammen manipuliert, sodass eine Hand den Frauen Geldscheine unter die Nase hält. Die Geldscheine sind rot durchgestrichen. Daneben bzw. darunter findet sich der Text „Familienbeihilfe für Kinder im Ausland wird gekürzt“ bzw. „Regierung kürzt Geld für Kinder im Ausland“.

Nun, der Text ist falsch. Die Familienbeihilfe wird nicht durchgehend gekürzt, sondern je nach Land entweder gekürzt oder erhöht. Was aber noch gravierender ist: Betroffen von der Indexierung sind nicht alle Kinder im Ausland, sondern ausschließlich Kinder in europäischen Ländern. Für Kinder in Län-

dern außerhalb des EU/EWR-Raums wird schon seit längerem gar keine Familienbeihilfe ausbezahlt.

Verheerender als der unpräzise und teilweise irreführende Text ist die Wirkung der Bilder. Die Bilder vermitteln gezielt den falschen Eindruck, als würde ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen.

Auf diese Weise werden Vorurteile geschürt. Und es werden negative Emotionen gegen die lachenden Frauen, denen bisher – laut den manipulierten Bildern – Geld entgegengestreckt wurde, geweckt.

Solcherart Vorurteile zu schüren und negative Emotionen zu wecken ist für sich genommen schon perfide und schäbig. Dass aber der amtierende Vizekanzler Österreichs aktiv an der Verbreitung eines dieser Bilder mitwirkte, stellt einen Tabubruch dar. Es ist das erste Mal seit vielen Jahrzehnten, dass ein hochrangiger Vertreter der Bundesregierung ein politisches Vorhaben ausnützt, um gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religionszugehörigkeit zu hetzen.

Dem Tabubruch folgte gleichsam ein zweiter: In der Bundesregierung fand sich niemand, der Kritik am Vizekanzler übte. Auf die Frage, ob er nicht manchmal zusammenzucke, wenn er rassistische Wortmeldungen seines Koalitionspartners höre, antwortete Bildungsminister Faßmann, dass „diese Dinge nicht im Ministerrat angesprochen werden“. Außerdem wäre es „der Anfang vom Ende der Regierungszusammenarbeit, wenn man hier ständig öffentlich Protest anmeldet“, so Faßmann. Was mit anderen Worten bedeutet: Toleranz gegenüber Hetze ist unausgesprochener Teil des türkis-blauen Regierungspaktes.

Unter diesem Gesichtspunkt muss auch der „Gipfel gegen Hass im Netz“ gesehen werden, den Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache abgehalten haben. Eine Antwort auf die Frage, wer den Hass stoppt, der durch hochrangige Regierungsmitglieder angestachelt wird, gab es auf diesem Gipfel nicht.

# FAKE NEWS UND HATE MAILS

Vom Internet hatte man sich viel erwartet: die Demokratisierung der Gesellschaft mit bis dahin ungeahnten Möglichkeiten. Stattdessen wuchern Verschwörungstheorien und Hassbotschaften in den Sozialen Medien. Ist die Demokratie in Gefahr, wie manche warnen?

Text: Gunnar Landsgesell  
Illustrationen: P.M. Hoffmann



**A**uch vor den US-amerikanischen Midterm Elections Anfang November war die Frage wieder: Werden russische Bots und Troll-Armeen die Wahlentscheidung beeinflussen? So, wie es offenkundig bei den Präsidentschaftswahlen passiert ist, in den USA, in Frankreich, oder auch bei den Bundestagswahlen in Deutschland. Gesicherte Antworten darauf sind nicht leicht zu geben, wenngleich ExpertInnen in der Vergangenheit mehrfach Spuren zu russischen Hackergruppen zurückverfolgen konnten. Aber wenn es bei Wahlen nicht mehr allein darum geht, welcher politische Kandidat gewinnen wird, sondern um die Frage, ob Manipulationen das Ergebnis verfälschen, ist nicht bereits dann etwas faul in der Demokratie?

Zeynep Tufekci, Autorin von „Twitter and Tear Gas“ (2017) und renommierte Tech-Soziologin mit Lehrauftrag in Harvard, glaubt: Auch wenn kein einziger Rubel für Desinformation ausgegeben wurde, und auch wenn kein einziger Stimmzählappa-

## DIE LEGITIMITÄT EINER WAHL BASIERT AUF DER AKZEPTANZ, DASS DAS VERFAHREN FAIR ABLÄUFT.

rat manipuliert wurde, sind demokratische Wahlen unter diesen Vorzeichen bereits gehackt. In einem Kommentar für die „New York Times“ schreibt Tufekci, dass die Legitimität einer Wahl auf der Akzeptanz der Wählerschaft basiert, dass das Verfahren

fair abläuft. Im Gegensatz dazu glauben in den USA laut einer jüngsten Umfrage 46 Prozent der Befragten, dass ihre Stimme nicht korrekt gezählt wird. Und rund ein Drittel vermutet, dass eine ausländische Macht die Wahlergebnisse beeinflusst.

## Misstrauen gesät

Nun sind Wahlanfechtungen und Neuauszählungen nicht nur in den USA, sondern seit den Präsidentschaftswahlen auch in Österreich bekannt. Entscheidend ist laut Tufekci aber der Zweifel, der, nur lange und intensiv genug gesät, soviel Misstrauen erzeugt, dass er auch das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger verändert. Es ist, ganz generell gesprochen, der grassierende Vertrauensverlust in die Institutio-



nen des Staates, der die Demokratien heute umtreibt. Dieser Verlust an Vertrauen gilt auch als eine der zentralen Motivationen, warum Menschen stärker für autoritäre Lösungen ansprechbar sind. Der Auslöser dafür ist zwar nicht das Internet, es spielt bei diesen Entwicklungen aber eine entscheidende Rolle.

Die Zeiten, als man sich von der digitalen Öffentlichkeit erhoffte, sie würde die direkte Demokratie bis in die Wohnzimmer bringen, die Möglichkeiten der Partizipation in neue Sphären hieven, die Transparenz politischer Prozesse vorantreiben und schließlich auch ein freies Forum für Meinungs austausch und Pluralität bieten, scheinen vorbei. War man naiv, das zu glauben? Oder wurde das World Wide Web

längst von Internetkonzernen, Verschwörungstheoretikern und rechtsextremen Agitatoren gekapert?

### Social Media als öffentliche Sphäre

So schlimm ist es nicht, möchte man einwenden. Social Media spielen immer noch eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, objektive Informationen aus schwachen Demokratien wie Ungarn, der Türkei oder aus de facto Diktaturen wie Weißrussland zu erhalten, wo ein repressiver staatlicher Zugriff auf Medien herrscht. Soziale Medien haben sich bewährt, wenn es um die Mobilisierung von Protest geht, und sie sind als virales Medium jedem Flugblatt überlegen.

Zeynep Tufekci rechnet Social Media der öffentlichen Sphäre zu, und das hat seine guten Gründe. Zugleich wird das aber auch zum Problem. Wenn der politische Wett-

### FALL ACOSTA: DAS WEISSE HAUS VERLINKTE AUF EIN VIDEO DES INFOWARS-REPORTERS PAUL J. WATSON.

streit der besten Argumente einer Politik von Fake News, Alternative Facts und trotzig behauptungen weicht, die auch der Präsident eines Staates millionenfach mit einem Klick verbreiten kann, droht sich die Gesellschaft in ein virtuelles Schlachtfeld zu verwandeln.

Ein jüngstes Beispiel dafür ist die Kontroverse um den CNN-Journalisten Jim Acosta, der sich bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus das Mikrofon nicht durch eine Mitarbeiterin von Donald Trump aus der Hand nehmen lassen wollte. Seine Abwehrgeste wurde zum politischen Streitfall, der Acosta seine Akkreditierung kostete, wofür der Nachrichtensender CNN mittlerweile die US-Regierung geklagt hat. Der Fall Acosta machte aber auch das kühle Verständnis Donald Trumps für die Mittel der Macht sichtbar. Das Weiße Haus griff auf ein Video, das der britische YouTuber Paul Joseph Watson, ergänzt um eine Großaufnahme, über den Vorfall erstellt hat. Watson ist Editor-at-large für das rechte Internet-Portal Infowars.com, das regelmäßig durch dort

verbreitete Verschwörungstheorien auffällt und eine libertäre, paläokonservative Richtung vertritt: Man will den Einfluss des Staates zurückdrängen, lehnt den Sozialstaat ab und glaubt, dass geheime Eliten, zu deren Strohmannern man auch Barack Obama zählt, an einer „Neuen Weltordnung“ basteln. Während solche Ansichten im analogen Zeitalter nur in versprengten rechtsextremen Publikationen zu finden waren, gehen sie nun, geschickt verpackt, viral.

Paul Joseph Watson, ein aufgeweckter Bur-sche, betreibt auf YouTube einen Kanal, der derzeit 1,4 Millionen Abonnenten hat. Nach der Diskussion über sein „doctored video“ zum Fall Acosta dürften es wieder einige mehr werden. Schon der Reiz, sich gegen die Mehrheit zu stellen, klingt attraktiv. Im Internet entwickelt sich daraus eine besondere Dynamik.

### Der Traum der Kryptoanarchisten

Der damalige Google-Vorsitzende Eric Schmidt drückte seine Begeisterung über das WWW in seinem 2013 erschienen Buch „Die Vernetzung der Welt: Ein Blick in die Zukunft“ so aus: „Das Internet ist das größte Anarchismusexperiment aller Zeiten. Die Onlinewelt (...) wird kaum durch Gesetze beschränkt.“ Fünf Jahre später lässt sich das immer noch bestätigen.

Yvonne Hofstetter, Geschäftsführerin eines deutschen Technologieunternehmens und Internetforscherin, kommentiert die Vision des Ex-Google-Chairmans in ihrem Buch „Das Ende der Demokratie – Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt“ (2016), so: „Eric Schmidt wiederholt, was Kryptoanarchisten anstreben: sich im Netz ohne den Einfluss staatlicher Macht zu entfalten, und mehr noch, staatliche Strukturen mit den Technologien der Digitalisierung ganz zu beseitigen.“

Hofstetter spricht dabei einen zentralen Punkt an, der viel mit der problematischen Entwicklung des Internets zu tun hat. Das Internet ist bis heute ein wenig geregelter Raum, der digitale Anonymität verspricht und scheinbar dazu einlädt, die Grenzen der eigenen Freiheit ohne Sorge vor Konsequenzen auf Kosten anderer auszudehnen.

## Raum der Macht

Dass der Cyberspace ein Raum ohne Macht wäre, wie Kryptoanarchisten oder auch Eric Schmidt insinuierten, stimmt aber so nicht. Hofstetter dazu: „Auch im digitalen Raum wird Macht ausgeübt. Nur: Die Macht liegt nicht beim Staat. Macht – wir erinnern uns: die Möglichkeit, Einfluss auszuüben, um die soziale Wirklichkeit zu gestalten, zu verändern – verschiebt sich gerade auf nie dagewesene Weise. Das Machtmonopol des Staates besteht nicht mehr uneingeschränkt. Stattdessen wird Macht von privaten Institutionen wie GAFAM ausgeübt. Der Macht, die Menschheit umzubauen, geht ihre wirtschaftliche Macht voraus. Und sie verfügen über sagenhafte wirtschaftliche Macht.“ Mit GAFAM sind die Internet-Riesen Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft gemeint. Apple allein erzielte im Geschäftsjahr 2018 (Oktober 2017 bis September 2018) einen Umsatz von rund 266 Milliarden US-Dollar. Der Umsatz von Amazon lag bei 178 Milliarden Dollar. Dazu kommt der extrem hohe Anlagenwert, den die Unternehmen an den Börsen halten. Damit zählen sie zu den größten Konzernen der USA.

## Monopolisierung der Macht

Die Monopolisierung der Macht ist ein erklärtes Ziel der Silicon-Valley-Giganten, die Konkurrenten lieber aufkaufen als sich mit ihnen zu messen. Das bringt sie, so wie etwa deren an Profiten gemessene, lächerlich geringe Steuerleistung, regelmäßig in die Schlagzeilen. Man kommt den Internetriesen nicht mehr aus. Ulrich Dolata schreibt in den Blättern für deutsche und internationale Politik: „Nahezu jeder, der im Internet unterwegs ist, nutzt mindestens ein Angebot der führenden Internetkonzerne Apple, Google, Amazon und Facebook. In den vergangenen Jahren hat deren Marktmacht... massiv zugenommen. Damit haben die Konzerne auch enorme gesellschaftliche Bedeutung erlangt. Denn auf deren Plattformen verbringen die Nutzer heute nicht nur einen Großteil ihrer Zeit im Internet. Ihr Verhalten wird auch maßgeblich geprägt durch die Standardeinstellungen, Features und algorithmischen Sortier- und Selektionsfunktionen, denen sie dort unterworfen werden.“ Die Algorithmen und Filterblasen, mit denen Google und Co den Horizont ihrer User beschränken, wurden mittlerweile vielfach thematisiert.

## Internet-Riesen zerschlagen?

Die Frage, wie sich der wachsende Einfluss der Internetkonzerne eingrenzen lässt, beschäftigt heute immerhin die Politik. Lange wurde nicht einmal versucht, die Konzerne einer stärkeren politischen Kontrolle zu unterwerfen. Doch die haben längst Realitäten geschaffen, in denen sie selbst die Regeln bestimmen. Das wird deutlich, wenn sich Facebook oder Youtube weigern, ein Hass-Mail, ein kompromittierendes Video oder eine Neonazi-Botschaft zu löschen. Den Regierungen fehlen die Druckmittel, und oft auch die Gesetze. Das Problem beginnt schon dabei, dass Soziale Medien gar nicht unter das Mediengesetz fallen. Obwohl milliardenschwere Unternehmen, die ihre Inhalte redaktionell bearbeiten und Diskurse in bestimmten Bereichen wohl stärker mitbestimmen als etwa Tageszeitungen, können sie sich erstaunlich leicht aus der Verantwortung ziehen. Da das Internet ausschließlich in privaten Händen ist, könnte man sagen, kein Wunder, Unternehmen interessiert eben nicht Demokratie und Pluralismus, sondern ihr Gewinn.

## DAS PROBLEM BEGINNT DAMIT, DASS SOZIALE MEDIEN GAR NICHT UNTER DAS MEDIENGESETZ FALLEN.

Corinna Milborn und Markus Breitenacker schreiben in ihrem Buch „Change the Game“: „Die Vorteile der Meinungsfreiheit, die Social Media für zivilgesellschaftliche Bewegungen und Oppositionelle bietet, treten in den Hintergrund, wenn man sich die Wirkungen von Facebook und Youtube in den letzten großen Wahlkampagnen seit 2015 ansieht: Die Weigerung, sich als Medien zu klassifizieren und die Verantwortung von Herausgebern über die eigenen Feeds und Streams zu übernehmen, öffnete der Manipulation und Spaltung Tür und Tor. Lügen über politische Gegner, Verschwörungstheorien, gezielte Wahlwerbungen an immer kleinere Gruppen ohne jegliche Möglichkeit von Faktenchecks und demokratischem Diskurs, Hetze bis hin zur Demobilisierung von Wählern und dem Provozieren eines grundlegenden Vertrauensverlustes in das System und die Demokratie an sich waren (bei Wahlkampagnen, Anm.) die bestimmenden Themen auf Facebook und YouTube... Sie stellten dafür

nicht nur die Tools zur Verfügung und verdienten an der Werbung, sie tolerierten und befeuerten Manipulation und Lügen in einem Ausmaß, das – wenn man an die immer besser werdende künstliche Intelligenz der Algorithmen denkt – ein düsteres Bild von der Zukunft von Demokratie zeichnet.“ Nur langsam entwickelt sich darüber in Europa ein Bewusstsein dafür, gegenzusteuern. Die Vorschläge sind unterschiedlichster Art: Sie reichen von der Gründung eigener sozialer Dienste und Plattformen bis zur strengen Reglementierung der US-Konzerne bis zu deren Entflechtung. Währenddessen bestimmen Facebook und Co unsere Kommunikations- und Konsumverhalten munter weiter.

## Hate Mails und Public Shaming

Warum das Internet wie ein Magnet für Hass, Rassismus, Sexismus, rechtsextreme Rülpsen und öffentliche Bloßstellungen wirkt, beschäftigt zunehmend auch die Öffentlichkeit. Man erinnert sich an die 31-jährige Italienerin Tiziana C., von der ein intimes Video ins Netz gelangte, worauf eine Welle der Häme begann. Man witzelte über ihren Dialekt, inszenierte Parodien und entwarf Schmählieder. Eineinhalb Jahre später war die auf Fotos fröhlich wirkende Frau tot, sie hatte sich das Leben genommen.

Zwei Drittel der jungen Frauen in Österreich berichten laut einer Umfrage, dass sie auf Social Media schon mit verbaler Gewalt konfrontiert waren. Bildet sich also im virtuellen Raum die Gesellschaft so ab, wie sie ist? Oder bringt der Schutz der Anonymität besondere Verhaltensweisen hervor?

## Die NICHT-Anonymität ist das Problem

Der Autor und Blogger Sascha Lobo hält die Möglichkeiten, die Soziale Medien mit ihrer „Kombination aus Niedrigschwelligkeit und Dokumentierbarkeit“ bieten, grundsätzlich für „supergroßartig“. In seinem Beitrag „Das Ende der Gesellschaft“ in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (2016) schreibt Lobo: „Soziale Medien versetzen uns durch ihre Mischung aus Spontaneität und Dokumentation in die Lage, den Menschen in die Köpfe zu schauen.“ Milliarden Mittagessenfotos seien nunmehr Teil einer Öffentlichkeit. Milliarden Likes für falsch übersetzte Benjamin-Franklin-Zitate auch. Die öffentliche



Zwei Drittel der jungen Frauen in Österreich berichten laut einer Umfrage, dass sie auf Social Media schon mit verbaler Gewalt konfrontiert waren.

Niederschrift sei mit einem Mal kein Kriterium der Durchdachtheit mehr, und Lobo ortet in diesen Selbstveräußerungen einen regelrechten Schatz. Die Ambivalenz dieses „Schatzes“ äußert sich allerdings auch darin, wie sich der Konsens eines zivilisierten Miteinanders, wie sich also „live unsere Illusion von der Gesellschaft auflöst“, so Lobo weiter. „Da schreibt ein Mann aus Österreich anlässlich des Lieferwagens, in dem 71 Flüchtlinge erstickt sind: ‚Schade, dass es nur 71 waren!‘ Da schreibt je-

mand aus Deutschland, er plädiere dafür, die Flüchtlingskrise zu lösen, indem man die Bundeswehr Flüchtlingsboote versenken lässt.“ Und als in einem Zoo in den USA ein Gorilla erschossen wird, als dieser einen schwarzen vierjährigen Buben ergreift, der in den Käfig gefallen ist, bedauert im Shitstorm danach jemand den armen Gorilla, der „für das dumme Kind“ getötet wurde. Ist es also der risikolose Schuss aus dem Hinterhalt, der die Poster zu solchen Meldungen verleitet? Oder hat das Inter-

net eine neue spezifische Qualität der Gewalt hervorgebracht? Lobo zitiert Frank Schirrmacher, der in einem Tweet schon 2012 schrieb: „Nicht die Anonymität, sondern der ansteigende Grad der NICHT-anonymen Hass-Kommentare und –Mails, von Sarrazin bis Grass, ist beunruhigend.“ Lobo sieht mit der Illusion der Gesellschaft auch einen ihrer zentralen bürgerlichen Werte schwinden: den der Mäßigung. „Mäßigung erkennt man vor allem daran, was als extrem gilt. Das von Extremisten verwendete Schlagwort ‚Lügenpresse‘ zielt in erster Linie auf ebendiesen Kern bürgerlicher Öffentlichkeit. Wer ‚Lügenpresse‘ sagt, meint eigentlich: Die Medien sind nicht bereit, meine extremistische, kompromisslose, ungemäßigte Werthaltung abzubilden. Weil Extremismus und der autoritäre Ausschluss des Anderen Hand in Hand gehen, zielt der Begriff ‚Lügenpresse‘ auch auf den Pluralismus.“

Den Lügenpresse-Rufern ginge es nicht darum, auch ihre Interpretation der Realität abgebildet zu sehen, sondern *ausschließlich* ihre. Der Abschied von der medialen Mä-

### **HAUPTZWECK SOZIALER MEDIEN IST EMOTION. INFORMATION KOMMT ERST LANGE DANACH.**

ßigung ist dabei mit dem Erfolg der sozialen Medien eng verschränkt. Dort werden Sensation und Zuspitzung tendenziell bevorzugt. Soziale Medien sind riesige, enorm wirksame „Gefühlsschleuderwerke“, deren Hauptzweck die Emotion ist. „Information“, so Lobo, „kommt erst lange danach.“ Damit hat man es mit einer ganz anderen öffentlichen Sphäre zu tun, die nicht auf Faktizität basiert, sondern auf der Emotion. Für das Prinzip der Demokratie ist das hingegen ein schlechter Treibstoff, sie basiert immer noch darauf, dass Menschen sich rational zueinander verhalten und Interessen ausverhandeln.

Vielleicht liegt der Wert der Sozialen Medien ja genau darin, einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel sichtbar zu machen, bei dem es aber weniger darum geht, die Symptome, als die Ursachen zu bekämpfen. In einer Gesellschaft, der ein bislang ungeahnter Reichtum an Information und Wissen zur Verfügung steht, den sie auf paradoxe Weise kaum zu nutzen weiß.



Falsche Beschuldigung gegen Eltaf H., Lehrling aus der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

# RECHTE POLITIK UND IHRE FOLLOWER

Gerüchte und gestreute Falschmeldungen sind taugliche Mittel rechter Politik. Selten war sie damit so erfolgreich wie in sozialen Medien. Warum eigentlich?

*Text: Zoran Sergievski*

**P**lötzlich war Eltaf H. einer der meist gehassten Menschen im Land. Irgendjemand hatte ihn auf einem Foto auf die Facebook-Seite einer anderen Person verlinkt. Während der mittelgroße Lehrling Eltaf H. schlank und gepflegt wirkt, war auf dem verlinkten Facebook-Profil jedoch ein dicker Hüne mit Rauschbart zu sehen. Trotz der offensichtlichen Verwechslung entflammte der virtuelle Scheiterhaufen. Den Inquisitor gab der freiheitliche Klubobmann Johann Gudenus, er bezeichnete Eltaf H. in Presseausendungen und auf Facebook als „Fan einer Terrororganisation“ und verwies dabei auf das Foto mit dem besagten Link zu einer anderen Person. Es ist eines von vielen Fotos der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“, die Eltaf mit Oberösterreichs Landesrat Rudi Anschober und Bundespräsident Alexander Van der Bellen zeigen.

Im Kampagnen-Video der Initiative lobt Eltafs Chef, der eine Supermarkt-Filiale in Neumarkt im Hausruck leitet, den Halbweisen aus Afghanistan als fleißig und gesellig. Der Junge käme zu jeder Firmenfeier. Dieser Bursche sollte ein Terrorfan sein? Der Boulevard blies zum Marsch gegen den „Vorzeigeflüchtling“. Gudenus zeigte ihn an. Als schließlich bewiesen war, dass es sich um eine Verwechslung handelte, wies der blaue Politiker jede Verantwortung zurück. Wieso sollte er sich bei Eltaf H. entschuldigen? Anschober sei für seine Facebook-Seite selbst verantwortlich, und damit für den Link zu der falschen Person. Später stellte die Staatsanwaltschaft auch das Ermittlungsverfahren gegen diese andere Person ein, denn auch im Facebook-Account dieser Person seien keinerlei Hinweise auf terroristische Vereinigungen gefunden worden, so die Staatsanwaltschaft.

### Bewährtes Rezept

Die Geschichte enthält alle Zutaten aus der rechtsextremen Hexenküche: „Stichhaltige“ Gerüchte, eine Falschmeldung und schließlich Strohmann-Argumente, mit denen die Schuld einfach auf den Gegner abgewälzt wird. Ein Rezept, das die Linguistin Ruth Wodak auch bei der aktuellen Bundesregierung ausmacht. Die ÖVP habe durch die Übernahme des FPÖ-Stils im Wahlkampf den Rechtsextremismus in die „Mitte“ der Gesellschaft geholt, urteilt sie im Aufsatz „Schamlose Normalisierung“.

Daran erinnert auch der Fall des Lehrlings Eltaf H. Ein geflüchteter Jugendlicher, der als Lehrling in Österreich arbeitet, löst bei einigen Menschen symbolische und existenzielle Ängste aus. Emotionen, die rechtspopulistische Politiker geschickt zu übersetzen wissen: Es geht wiederum um Muslime, die das Schnitzel verbieten und Mädchen verhüllen wollen. Und es geht um Fremde, die österreichischen Jugendlichen die Stelle wegnehmen. Beide Erzählungen funktionieren, wobei laut Studien rechte Politiker die symbolisch-kulturelle Ebene bevorzugen, weil diese sich als wirksamer erwiesen hat. Die Politologin und Autorin Natascha Strobl sieht darin einen einfachen Grund: „Die extreme Rechte hat auf ökonomischer Ebene nichts Neues anzubieten außer denselben ungezügelt Neoliberalismus oder einen biederen Protektionismus.“

## DIE EXTREME RECHTE HAT SCHON FRÜH IHRE EIGENE MEDIENPARALLELWELT GESCHAFFEN.

Das unterscheidet sie von der Linken gravierend. Deswegen verlegt sie die Kämpfe auf die kulturelle Ebene.“

Der Kommunikationswissenschaftler Jakob-Moritz Eberl von der Universität Wien verweist darauf, dass gerade die FPÖ mit ihren Postings zu Migration „eine Lawine an Wut-Emojis“ erzeugt. Es sei erwiesen, dass wütende BürgerInnen aufmerksamer und eher mobilisierbar sind. Das wüssten die Freiheitlichen zu nützen. Für Natascha Strobl ist es am wichtigsten, nicht auf solche Inszenierungen hereinzufallen. Das

bedeute vor allem, „ihre Bilder nicht ungebrochen weiter zu verbreiten, denn das ist genau das Kalkül. Bilder wirken stärker als Worte. Selbst wenn warnende Worte bei einem Bild stehen, bleibt am Ende der Eindruck des Bildes selbst über.“ Solche Bilder nicht zu verschicken sei eine leichte, aber effektive Maßnahme, um die Botschaft nicht unbeabsichtigt zu verstärken. So wie das erst jüngst wieder passiert ist: Als die Freiheitlichen Arbeitnehmer auf Facebook die Kürzung der Familienbeihilfe für Kinder im Ausland feierten, illustrierten sie das mit der Fotomontage einer Muslima. Das Bild wurde zwar scharf kritisiert aber auch zu diesem Zweck vielfach geteilt.

### Neue Parteimedien

Daher sei es zu kurzichtig, die Kritik auf soziale Medien zu beschränken, mahnt Strobl: „Was wir gerade sehen, ist ein tiefgehendes Aufbrechen gesellschaftlicher Gewissheiten. Das passiert nicht wegen Facebook oder Twitter, sondern wird eben auch von etablierten Medien befeuert.“ Dort sei ein deutlicher Rechtsdrall sichtbar, meint die Forscherin: „Manche Stimmen kommen einfach gar nicht vor, etwa die von Armutsbetroffenen.“

Jakob-Moritz Eberl fordert die Einhaltung der Gemeinschaftsstandards der Online-Plattformen ein. Doch selbst wenn weder die noch Gesetze gebrochen werden, kann ein Hassklima entstehen. Dabei unterstütze gerade der Boulevard PolitikerInnen und Parteien dabei. Die extreme Rechte hat laut Strobl „daraus schon früh, um 2000, ihre Schlüsse gezogen und eine eigene Medienparallelwelt geschaffen.“

ABONNENTINNEN, FANS UND FOLLOWERINNEN (NOVEMBER 2018)				
	Facebook	twitter	YouTube	Instagram
H.-C. STRACHE	792.000	53.500	-	29.800
J. GUDENUS	113.000	1.800	-	4.800
S. KURZ	779.000	315.000	5.900	54.400
FPÖ	117.000	-	33.500*	7.500
ÖVP	57.000	18.300	800	6.400

\*FPÖ-TV 21.4 | Oesterreichzuerst 11.1



Politologin Natascha Strobl: Soziale Medien können auch Orte gelebter Solidarität und Demokratie sein.

FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und Klubchef Johann Gudenus setzen insbesondere auf Facebook (siehe Tabelle). Die FPÖ gehörte zu den „early-adopters“, den Allerersten und Effektivsten“, die auf solche Strategien gesetzt haben, sagt Eberl. Damit sind vor allem Straches Facebook-Account und die YouTube-Auftritte der FPÖ gemeint. Das Erfolgsrezept für Straches starke Social-Media-Präsenz sei eine durch-und-durch personalisierte Kommunikationspolitik. „Was sich bei anderen Parteien auf Einzel-Accounts verschiedener Akteure verteilt und daher nicht so leicht managen lässt, wird bei der FPÖ über die Facebook-Seite des Parteichefs organisiert. Zusätzlich bietet sich die Politik der kurzen und vereinfachten Antworten besonders für Facebook an“, sieht Eberl ein Zusammenspiel von Online-Medium und simpler Botschaft. Während die Freiheitlichen gerne gegen den „Staatsfunk“ und die „ORF-Zwangsgelder“ wettern, haben sie sich vor bereits sechs Jahren auf YouTube einen eigenen Kanal eingerichtet. FPÖ-TV berichtet über politische Ereignisse streng aus blauer Perspektive und versucht so, an junge User anzudocken. Auch TV-Diskussionen, etwa aus dem ORF, sind hier zu sehen. Allerdings werden sämtliche Mitdiskutanten herausgeschnitten. Was übrig bleibt, ist eine One-Man-Show statt eines Wettstreits der Argumente. Das machte auch bei den Nachbarn in Deutschland Eindruck. „Vor allem die AfD schielt in den letzten Jahren deutlich nach Österreich. Mit AfD Kompakt TV wurde das FPÖ-TV bereits



Kommunikationswissenschaftler Eberl: Die FPÖ gehörte zu den Allerersten und Effektivsten, die auf Social Media Strategien gesetzt haben.

kopiert“, erklärt der Experte. Auch die Expertise holte man sich aus Österreich, bei AfD Kompakt TV gibt ein Burschenschaftler und Ex-Mitarbeiter von „unzensuriert.at“ den Ton an, wie der „Falter“ enthüllte. Medien wie diese als Parteimedien einzusetzen ist neu. Dabei steht weniger der Dialog als das Verlautbarungsorgan im Vordergrund. Kommentare, die andere Meinungen vertreten, verschwinden systematisch, stellte der „Der Standard“ 2017 fest. Und wenn die Postings doch auf die Seite durchgestellt werden, sind sie als konträre Meinung in

## **DIE POLITIK DER VEREINFACHENDEN ANTWORTEN BIETET SICH FÜR FACEBOOK BESONDERS GUT AN.**

diesem Umfeld nicht unbedingt wirksam. Allerdings ist das Konzept der Filterblase, also einer für den Nutzer eingeschränkten Welt, umstritten. Jakob-Moritz Eberl verweist auf Studien, die zeigen, dass junge Menschen auf sozialen Medien eher auf gegenteilige Meinungen treffen als sie das bei der täglichen Morgenlektüre ihrer zwei bevorzugten Tageszeitungen tun würden. Ganz grundsätzlich plädiert Eberl für verstärkte Medienbildung für die Generation der Baby-Boomer. Sie wären eher anfällig für Fake News und Hassbotschaften und teilen diese öfters.

### **Mit einem Mausclick**

Dass Menschen sich unter Gleichgesinnten bewegen, sei jedenfalls nicht unnatürlich.

Es liege „ja grundsätzlich im Kern unseres Sozialverhaltens“, ergänzt Eberl. Das habe es auch früher, im Zeitalter analoger Medien gegeben: „Wir nehmen viel eher neue Informationen auf, wenn sich diese mit unseren vorhandenen Einstellungen decken. Soziale Medien machen diesen Vorgang nur viel einfacher, quasi mit einem Mausclick.“

Natürlich haben Internet-Foren auch positive Seiten. Für Eberl erlauben sie eine stärkere Einbindung der BürgerInnen in politische Prozesse. Natascha Strobl erinnert daran, „dass soziale Medien auch Orte gelebter Solidarität und Demokratie sein können.“ Das erfuhr sie persönlich, nachdem jemand auf ihr Küchenfenster schoss und sie das Foto des Lochs teilte. Ihre Facebook-Freunde sprachen ihr Mut zu. Strobl, Ko-Autorin von „Die Identitäten. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“ über die Identitäre Bewegung, engagiert sich zwar weiterhin, wurde bei ihren Aktivitäten allerdings vorsichtiger: „Das ist nicht schön und genau das Ziel dieser Anfeindungen gegen einzelne Menschen.“ Verständlich also, dass auch der Lehrling Eltaf H. nach dem Trubel und den Anwürfen von Gudenus nicht mehr mit den Medien reden möchte. Auch nicht für diese Geschichte, heißt es in Rudi Anschobers Pressebüro. Johann Gudenus hat sich, soweit bekannt, bei Eltaf H. nicht entschuldigt. Auch auf seiner Facebook-Seite erfolgten weder ein Widerruf noch eine Entschuldigung. Eine Anfrage für diesen Beitrag blieb unbeantwortet. Im September hatte die FPÖ Oberösterreich und danach der Parlamentsklub die Behauptungen gegen den jungen Afghanen widerrufen und die „Unannehmlichkeiten“ bedauert. Rudi Anschober ist das zu wenig, er bereitet Klagen wegen des Verdachts der üblen Nachrede und Verleumdung und des damit einhergehenden „Rufmordes an einem Lehrling“ vor. Interessant war in diesem Zusammenhang der Regierungsgipfel gegen Hass im Netz. Was ist von dieser Initiative zu erwarten? So viel „wie von einem Wolf, der Schafe hüten soll: nichts. Die Hetzer sitzen in dieser Regierung“, sagt Natascha Strobl.

# SHOWGIPFEL MIT PANNEN

Warum die Regierung sich schwer damit tut, eine klare Linie zu Hass im Netz zu finden, und wie die Reaktionen zum Anti-Gewalt-Gipfel ausgefallen sind.

Text: Alexander Pollak

**E**in gelungener Auftakt zum „Kampf gegen Hass und Untergriffigkeiten“ im Internet, wie es Bundeskanzler Sebastian Kurz auf der Pressekonferenz formulierte, war dieser Gipfel nicht gerade. Knapp eine Stunde dauerte der lange angekündigte Anti-Gewalt-Gipfel, danach traten Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache vor die Presse. Das Wording, auf das sie sich vorab geeinigt hatten, lautete „digitales Vermummungsverbot“. Auf eine Klarnamen-Pflicht verzichtet die Regierung zwar, Ziel sei es aber, den Behörden die rasche Ausforschung möglicher Straftäter im Netz zu erleichtern. Wie das konkret funktionieren soll, verriet Kurz und Strache nicht. Auch nicht, wie der Zeitplan für die nötigen Maßnahmen aussieht. Konkreter war man, als es um die Opfer des Hasses im Netz ging. Vizekanzler Strache betonte, dass sowohl Kurz als auch er selbst Zielscheibe von Hass seien und er dieses Thema daher persönlich kenne. Aber er habe eine dicke Haut, versicherte Strache.

Dass die Regierung sich schwer damit tut, eine klare und konkrete Linie gegen Hass im Netz zu finden, überrascht nicht. Immer wieder ist sie selbst es, die bei sozialen Fragen die Bevölkerung gegeneinander ausspielt, während die FPÖ es geradezu zum Teil ihres Geschäftsmodells gemacht hat, gegen Geflüchtete oder Muslime zu hetzen. Der Vize-Kanzler selbst erinnert in regelmäßigen Abständen daran, wenn er auf seiner reichweitenstarken Facebook-Seite Bilder und Texte verbreitet, die zu Vorurteilen und Hass anstacheln. Man muss der



FPÖ: Mit einem rassistischen Clip den Regierungsgipfel konterkariert.

Regierung also schon eine gewisse Kaltschnäuzigkeit attestieren, den Gipfel dafür zu benützen, um sich selbst als Opfer zu präsentieren. Angesichts dieser fast schon bizarren Umkehr der Verhältnisse passt es gut ins Bild, dass die FPÖ noch am gleichen Tag auf ihrer Facebook-Seite eine weitere Hassbotschaft lancierte. Zu sehen ist der Videoclip mit den Pressestatements von Kurz und Strache, und darunter ein Video, das vom E-Card-Missbrauch handelt. In einem Cartoon betritt ein Männchen namens „Ali“ eine Arztpraxis, um sich „seine Zähne auf Vordermann bringen zu lassen.“ Allerdings mit der E-Card seines Cousins Mustafa. Dazu erklärt Sozialministerin Beate Hartinger-Klein: „Ein Missbrauch, dass sich jene in unser Sozialversicherungssystem schummeln, die einfach keine Sozialversicherung gezahlt haben.“ Pech gehabt, heißt es im Video weiter. Der ZIB 2-Anchorman Armin Wolf kommentierte das FPÖ-Video auf Twitter mit den Worten: „Gegen offene Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

im Netz scheinen Klarnamen ja eher wenig zu helfen.“ Nach Kritik wurde der Clip kurz darauf von der Website entfernt.

## Skeptische Reaktionen

Wenig begeistert vom Gipfel der Regierung zeigten sich auch ExpertInnen und Betroffene. Netzexpertin Ingrid Brodnig warnt vor der Einschränkung der Anonymität im Netz. Sie weist auf die Gefahr hin, dass „hier bürgerliche Freiheiten stark eingeschränkt werden“. Darüber hinaus könne ein Schwarzmarkt mit fremden Identitäten entstehen. Viel wichtiger sei es, das Personal bei der Justiz auszubauen, damit Hassrede konsequenter verfolgt werden kann, fordert Brodnig. Darüber hinaus sollen Gesetzeslücken geschlossen und strenger bei Facebook & Co. hingesehen werden, so die Netzexpertin. Gegen eine Identifikationspflicht im Netz spricht sich auch Sigrid Maurer aus, deren Fall die Regierung unter Druck und den Gipfel ins Rollen gebracht hatte. Es gebe viele legitime Gründe im Netz nicht mit Klarnamen unterwegs zu sein, etwa weil es die ArbeitskollegInnen nichts angeht, was man in der Freizeit mache, oder weil man nicht wolle, dass persönliche Daten gesammelt werden können, oder, weil man vom stalkenden Ex-Freund nicht gefunden werden wolle. Anonymität im Netz bedeute Schutz, betont Maurer. Dieser Schutz könne von einzelnen Menschen missbraucht werden, aber es sei völlig unverhältnismäßig, deshalb die Freiheit im Netz für alle zu beschränken. Über weitere konkrete Schritte äußerten sich die Regierungsspitzen nicht.



Kaum ein Fernsehauftritt einer Politikerin oder Journalistin, der nicht von untergriffigen Kommentaren im Netz begleitet wird.

# VERNETZTE HASS-KULTUR

Sexismus ist kein Online-Phänomen. Dennoch wuchert im Netz der Frauenhass ganz besonders.

Text: Brigitte Theißl

**W**er den Namen Anita Sarkeesian in eine Suchmaschine eintippt, stößt ziemlich schnell auf widerliche Dinge. Hasserfüllte Videos gekränkter Maskulinisten, rassistische Fotomontagen, sexistische Kommentare. Vor rund sechs Jahren hat die amerikanisch-kanadische Kommunikationswissenschaftlerin und Videobloggerin all das in geballter Form erlebt. Sarkeesian plante eine Video-Serie zu sexistischen Stereotypen in Videospielen und sammelte dafür Geld auf

der Crowdfunding-Plattform Kickstarter. Eine Frau, die die Männerdomäne „Gaming“ feministisch analysiert, war offenbar schon Provokation genug. Allein die Ankündigung des Projekts sorgte für einen wochenlangen Shitstorm, ihr Youtube-Kanal wurde als „terroristisch“ gemeldet, ihr Wikipedia-Eintrag verunstaltet, in einem Spiel mit dem Titel „Beat Up Anita Sarkeesian“ konnte auf ihr Gesicht eingeschlagen werden, das sich dabei zusehends blau verfärbte.

## **Anonymität enthemmt**

Anita Sarkeesians Geschichte ist kein Einzelfall. Hasskommentare und Drohungen können prinzipiell jede und jeden treffen, der sich im Internet bewegt. Und doch haben sie System. Denn die strukturelle Diskriminierung der Offline-Welt ist auch im Netz wirkmächtig: Sexismus oder auch Rassismus, Homofeindlichkeit und Klassismus (aufgrund sozialer Herkunft) treffen Menschen in sozialen Netzwerken ebenso wie in der U-Bahn oder auf dem Schulhof.

Sexismus im Netz lässt sich auch mit Zahlen untermauern. So zeigt eine US-amerikanische Studie aus dem Jahr 2017, dass junge Frauen im Netz doppelt so häufig mit sexueller Belästigung konfrontiert sind wie gleichaltrige Männer. Beim britischen „Guardian“ wertete man 70 Millionen LeserInnen-Kommentare nach bestimmten Kriterien quantitativ aus. Ein Ergebnis: Unter den zehn JournalistInnen, die die meisten Hasskommentare erhielten, befanden sich acht Frauen. Die beiden betroffenen Männer waren schwarz.

Dass Menschen Frauenfeindlichkeit und Sexismus – ebenso wie andere Formen der Diskriminierung – oft so ungehemmt im Netz ausleben, könnte nicht zuletzt mit der Anonymität der NutzerInnen zu tun haben. WissenschaftlerInnen sprechen von einem „Online-Enthemmungseffekt“: Wer im Internet mit einer anderen Person kommuniziert, kann ihr nicht in die Augen sehen, keine Gestik und Mimik wahrnehmen und entwickelt somit weniger Empathie. Die Hemmschwelle, anderen gehässig zu begegnen und sie zu beleidigen, sinkt. Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, bekommen das besonders heftig zu spüren: kaum ein Fernsehauftritt einer Politikerin oder Journalistin, der nicht von untergriffenen Kommentaren begleitet wird. Der Hass, ein Hintergrundrauschen des Alltags. Immer mehr Betroffene machen das auch öffentlich. So wandte sich Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) im Oktober an jene Hass-Poster, die ihre Figur nach der Geburt ihres Kindes kommentierten, sie beschimpften und abwertend über ihre Schwangerschaft sprachen.

### „Gamergate“

Angriffe gegen Frauen, insbesondere feministische Aktivistinnen, passieren im Netz aber auch konzentriert. Was 2014 mit einem verleumderischen Posting des Expartners der Spieleentwicklerin Zoë Quinn begann, mündete in eine monatelange Hasskampagne gegen Quinn und zahlreiche Kolleginnen, die als „Gamergate“ bekannt wurde. User im Umfeld rechter Gruppierungen verabredeten sich gezielt in Foren und entwickelten dort Ideen für weitere Aktionen. Eine Plattform, die dabei eine wesentliche Rolle spielte, nennt sich „4chan“. Das 2003 gegründeten Imageboard, das durch Anonymität und lasche Kontrolle geprägt ist, entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer regelrechten Brutstätte menschenfeindlicher Diskurse. Auf 4chan und ähnlichen



Anita Sarkeesian: analysierte die Männerdomäne „Gaming“ und wurde zur Zielscheibe.

Seiten, wo sich Gleichgesinnte in relativ geschlossenen Gruppen treffen, kommt ein gefährlicher Verstärker-Effekt zum Tragen: Nutzer werden in ihrer Weltsicht bestätigt – und vielleicht sogar von anderen zu Hass und Hetze ermutigt. Das Resultat ist oftmals ein „Silencing“ von Betroffenen: Insbesondere Frauen, die auf Facebook oder Twitter mit frauenfeindlichen Kommentaren und Drohungen konfrontiert sind, schränken die Sichtbarkeit ihres Profils ein oder ziehen sich ganz aus den Netzwerken zu-

### #METOO MACHTE DEUTLICH, WELCHE SCHLAGKRAFT FEMINISTISCHER AKTIVISMUS IM NETZ HABEN KANN.

rück. Das ist gerade deshalb so problematisch, da das Internet einen immer höheren Stellenwert in unserer alltäglichen Kommunikation einnimmt. Auf sozialen Netzwerken werden nicht nur alte Freundschaften gepflegt und Katzenfotos gepostet, sondern auch politische Debatten geführt. #MeToo machte zuletzt eindrucksvoll deutlich, welche Schlagkraft feministischer Aktivismus im Netz entwickeln kann: Tausende Frauen weltweit teilten ihre Erfahrungen mit Sexismus, Belästigung und sexualisierter Gewalt und inspirierten so unzählige Initiativen.

### Hilfestellung

Gewalt, die sich im Netz gegen Frauen richtet, beschäftigt mittlerweile auch die Politik. Immer wieder machen Fälle deutlich, dass Gesetze Betroffene von Online-Attacks nur unzureichend schützen. Für inter-



Sigrid Maurer: Machte derbe sexistische Sprüche publik und wurde in der Folge verurteilt.

nationales Aufsehen sorgte zuletzt der Fall Sigi Maurer: Die ehemalige Politikerin der Grünen wurde wegen übler Nachrede verurteilt, nachdem sie die sexuell belästigenden Nachrichten eines Mannes via Facebook veröffentlicht hatte.

Sich gegen GewalttäterInnen im Netz zu wehren, kostet somit nicht nur Überwindung, sondern birgt auch juristische Fallstricke. Wer online mit Drohungen, Belästigung oder Mobbing konfrontiert ist oder Betroffene in seinem Umfeld unterstützen möchte, sollte unbedingt Hilfe bei einer Beratungsstelle suchen.

In Österreich betreibt der Verein ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit eine Beratungsstelle namens #GegenHassImNetz. Juristische und psychosozial geschulte MitarbeiterInnen informieren dort über rechtliche Grundlagen und mögliche Handlungsoptionen. Hasspostings werden darüber hinaus auch bei den jeweiligen IT-Unternehmen wie Facebook oder YouTube gemeldet, um eine Löschung zu erwirken. Gerade von diesen Unternehmen wird man oft allein gelassen. Noch immer agieren die CEOs der Silicon-Valley-Riesen äußerst zurückhaltend, wenn es darum geht, Verantwortung dafür zu übernehmen, was in Facebook-Gruppen oder auf Youtube-Channels passiert: Hass, Hetze und Manipulation in erschreckendem Ausmaß rufen längst nach juristischen und auch technischen Lösungen. Die Videobloggerin Anita Sarkeesian ist nach wie vor – erfolgreich – im Netz aktiv. Viel zu viele Frauen haben indes ihren Account gelöscht.

Brigitte Theißl ist Redakteurin beim feministischen Magazin „an.schläge“, Freie bei „dieStandard“, Bloggerin und Social-Media-Nutzerin der ersten Stunde. Beleidigungen und Drohungen gehören für sie als „Netzfeministin“ zum Alltag.

## REPORTAGE

# Acht Jahre Arabischer Frühling. Und jetzt?

Tunesien ist das einzige Land, dessen demokratischer Aufbruch nach dem Arabischen Frühling erfolgreich verlief. Doch Unmut regt sich. Ein Lokalausgang.

TEXT: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI  
FOTOS: HIBAT-ULLAH KHELIFI

**I**ch stehe oben am Deck auf der Fähre Richtung Tunis. 18 Stunden vorher haben wir in der italienischen Hafenstadt Civitavecchia abgelegt. Endloses Blau, wohin das Auge blickt, das Wasser ist relativ ruhig und glitzert im Sonnenlicht. Ein beruhigender Anblick. Aber ich denke an all die unzähligen Menschen, die ihr Leben in diesen Gewässern verloren haben, mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, mit der Hoffnung, gerettet zu werden. Das Mittelmeer ist mittlerweile ein Massengrab für Migrantinnen und Migranten geworden. Am Abend zuvor höre ich ein Gespräch auf dem Deck. Einige Urlauber mit tunesischen Wurzeln möchten für die Verstorbenen im Mittelmeer das islamische rituelle Totengebet verrichten. Alleine 2018 sind bereits mehr als 1.500 Menschen auf der gefährlichen Überfahrt nach Europa ertrunken. Die Zahl der Rettungsschiffe ist gesunken, EU-Politikerinnen und Politiker bezeichnen die Helferinnen und Helfer als Schleuserbanden. Das Sterben hört trotzdem nicht auf, wer überlebt und in Europa

gefasst wird, wird abgeschoben. Die Menschen suchen verzweifelt nach gefährlicheren Fluchtrouten. Das Sterben im Mittelmeer hat sich in die Sahara verlagert.

Acht Jahre nach dem Arabischen Frühling gilt Tunesien immer noch als Vorzeigebispiel der Demokratisierung in der arabischen Welt. Zu den Wahlen 2011 traten 80 Parteien an, stärker könnte der Kontrast zu den Wahlen unter dem autokratisch regie-

**Ein Gefühl der Vertrautheit macht sich in mir breit.**

**Aber auch ein Unbehagen.**

renden Präsidenten Zine El-Abidine Ben Ali nicht sein. Er floh nach anhaltenden Protesten nach Saudi Arabien. Heute führen hohe Jugendarbeitslosigkeit und Korruption immer wieder zu landesweiten Demonstrationen. Die politische Landschaft wird seither von zwei Fronten geprägt: die säkulare Sammlungspartei Nidaa Tounes („Ruf Tunesiens“), die wesentlich die tune-

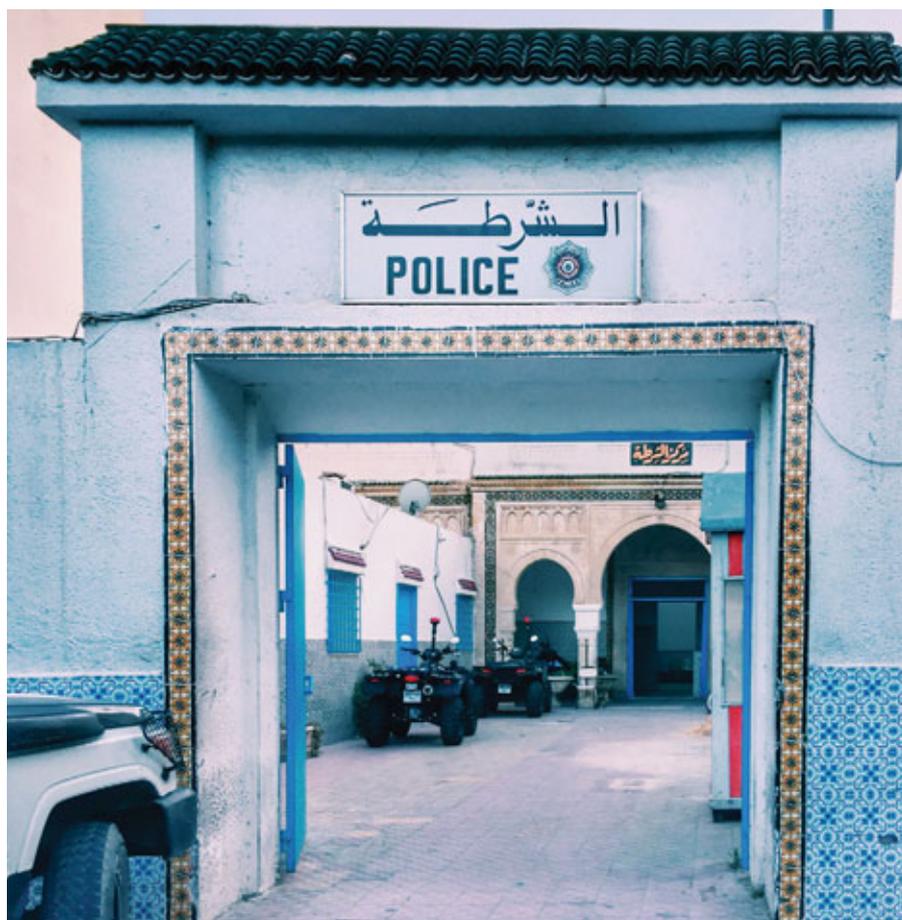


sische Elite mitprägt, und die islamistische Ennahda („Bewegung der Wiedergeburt“), eine volksnahe Partei, die das Potenzial zu einem neuen Islam hat, der Menschenrechte und Rechtsstaat achtet. Schwierig ist die Lage in Tunesien, einem Land doppelt so groß wie Österreich, auch durch über zwei Millionen Flüchtlinge aus Libyen. Eine Herausforderung für die Politik, die Lage auch wirtschaftlich stabil zu halten.

Wir haben noch eine Stunde, bis die Fähre anlegt, und schon jetzt sieht man den Müll im Wasser. Plastik in allen Formen und



Farben schwebt durch das Marineblau. Die Küste von Tunis wird im Dunst der Hitze erkennbar. Ein Gefühl von Vertrautheit macht sich in mir breit. Aber auch Unbehagen. Jedes Jahr fahre ich nach Tunesien, jedes Jahr erscheint es mir vertrauter und fremder zugleich. Vor acht Jahren trieben Arbeitslosigkeit und Unterdrückung Hunderttausende auf die Straßen. Als sich der junge Gemüsehändler Mohammed Bouazizi im Dezember 2010 aus Protest gegen bürokratische Schikanen selbst verbrannte, kippten die Proteste, der Sturz des Klepto-



Tunesien hat sich als junge Demokratie behauptet, aber von der Euphorie des Arabischen Frühlings ist nicht mehr viel zu spüren.

kraten Ben Ali war besiegelt. Das Volk war euphorisch, feierte, endlich frei von Ben Ali, endlich frei vom Trabelsi-Clan von Ben Ali's Ehefrau.

### Sehnsucht nach dem Autokraten

Heute ist von der Euphorie nicht mehr viel übrig. Eine Statistik der Wirtschaftskammer weist die Arbeitslosigkeit für 2018 mit 15 Prozent aus, unter den Jugendlichen ist so-

### Unter Ben Ali gab es noch Sinn für Ordnung und die Menschen hatten Angst vor den Gesetzeshütern.

gar jeder dritte ohne Job. Nur wenige Jahre nach der Revolution wünschen sich die ersten Stimmen wieder den alten Führer Ben Ali zurück. Auch meine Verwandten in Tunesien und unsere dortigen Nachbarn sind sich ziemlich einig: Unter Ben Ali war alles besser. Ich bin geschockt. Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Leute bereit sind, die Beschneidung der eigenen Freiheit

für mehr finanzielle Stabilität in Kauf zu nehmen. Hat man so schnell vergessen, wie das Leben davor war? Angekommen in unserem Ferienhaus in Somaia, einem Vorort des Touristen-Hotspots Nabeul, empfängt uns Sonia, unsere Nachbarin. Sie ist Lehrerin an einem Gymnasium und gehört damit zu den TopverdienerInnen des Landes. Sie freut sich, uns wieder zu sehen, und gibt uns erste direkte Einblicke in die politische und wirtschaftliche Lage Tunesiens. Ihr Sohn hat im heurigen Sommer die Matura bestanden, nun möchte er um jeden Preis nach Europa. Um zu studieren und viel Geld zu verdienen. Ich versuche zu reflektieren, woher diese Idealisierung und Ikonisierung des Lebens in Europa rührt. Auch seine Mutter bittet uns, ihm diese Idee auszureden, das finanzielle Risiko sei viel zu hoch für die Familie. Zugleich hadert auch Sonia mit dem Leben in Tunesien und gesteht, dass auch sie sich Ben Ali zurückwünscht. „Da gab es noch Sinn für Ordnung und die Menschen hatten Angst vor dem Gesetz, besser gesagt vor den Gesetzeshütern. Schau dich jetzt

auf der Straße um. Überall Menschen, die das Gesetz missachten. Kein Polizist kann widersprechen, wenn ihm sein Leben lieb ist“, erzählt sie und schüttelt ungehalten den Kopf. Ich weiß nicht, was ich darauf erwidern soll.

Wir kommen am Strand in Tazerka an, zehn Minuten Fahrtzeit von unserem Haus. Junge Männer in leuchtenden Warnwesten deuten uns, wir sollen anhalten. „Der Parkplatz kostet einen Dinar“, sagt einer von ihnen. Wir weigern uns zu zahlen, schließlich ist der Parkplatz öffentlich. Der selbst ernannte Parkwächter verstrickt sich in Widersprüchen und behauptet, die Gemeinde hätte den Platz angemietet. Zugleich winkt er Autos mit örtlichem Kennzeichen einfach durch. Uns dämmert, was hier vor sich geht und warum sich unsere Nachbarin Sonia Ben Ali zurückwünscht. Wir schenken dem Parkwächter eine Tafel Schokolade, Geld wollen wir ihm nicht geben, aus Prinzip. Und weil wir annehmen, dass die Parkwächter mit der Polizei ge-

meinsame Sache machen. Parkplätze oder Straßen werden von überwiegend männlichen Gruppen in Beschlag genommen. Wer parken möchte, muss zahlen, ansonsten wird das Auto demoliert oder schlimmeres. Um nicht festgenommen zu werden, werden die Einnahmen mit den Polizisten aufgeteilt. Korruption ist in Tunesien immer noch Alltag.

### Hai statt Thunfisch. Die Folgen der Überfischung sind auf dem Wochenmarkt von Nabeul merkbar.

Früher war Tunesien ein Polizeistaat, die Beamten wurden gefürchtet, nun werden sie geduldet. Heute fehlt den Tunesierinnen und Tunesiern aus anderen Gründen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Viel zu lange wurden sie missbraucht, sie leben sich aus. Ganz nach dem Motto „Ihr könnt uns nichts, wir als Volk sind stärker als ihr.“ So sehr Tunesien im Vergleich zu

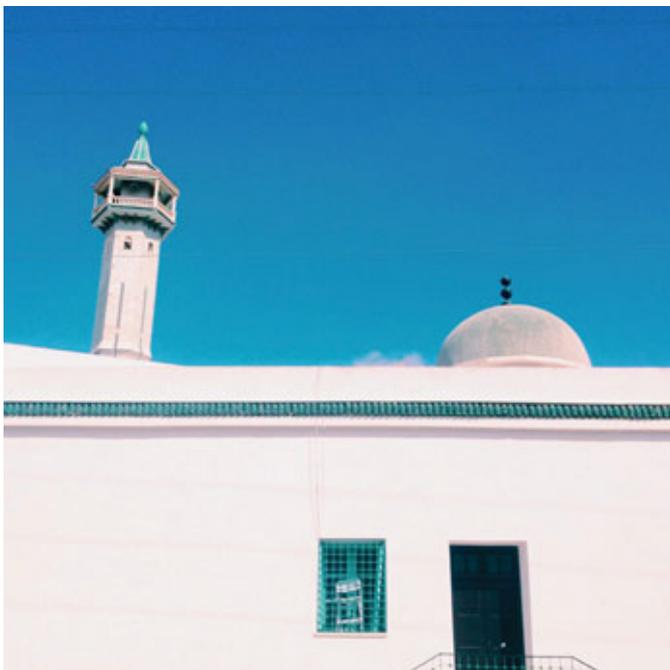
anderen Ländern stabil erscheint, macht es einen fragilen Eindruck auf mich. Jede Unruhe könnte die Stimmung im Land kippen lassen. Der geflüchtete Despot Ben Ali hat dem Land Milliarden Dollar geraubt und seine Wirtschaft massiv geschädigt. Nun kommt eine Haltung auf, in der sich jeder selbst am nächsten ist. „Ich kann die Tunesier verstehen, jeder versucht, sich sein Stück vom Kuchen zu holen, ganz egal ob es mit dem Gesetz vereinbar ist oder nicht“, erklärt mir ein Familienmitglied.

### „Wir essen keinen Fisch mehr.“

Acht Uhr früh, die Sonne brennt bereits vom Himmel. Wir haben die Zweiliter-Wasserflasche stets in unseren Händen. Wir stehen am Wochenmarkt im alten Herzen der Touristenstadt Nabeul, einige Minuten weiter liegt der Bazar. 2017 tummelten sich sieben Millionen TouristInnen in der Hafenstadt. Die beiden Jahre zuvor war das anders. „Es kamen keine Touristen mehr, weil nur noch Reisewarnungen ausgesprochen wurden. Manche Fluglinien haben sich sogar aus Tunesien zurückgezogen“, erzählt ein Standbesitzer am Bazar, während er seine Porzellanwaren abstaubt. Ich gehe weiter und lese die Preisschilder zwischen all den sonnengereiften Tomaten, Chilis und Kaktusfeigen. In meinem Hirn rattert es, ich rechne die Dinar-Preise in Euro um. Ein Kilo Tomaten kostet keine 30 Cent. Für uns EuropäerInnen ein unverschämtes Schnäppchen, für die Einheimischen eine Katastrophe. Seit der Kurs des Dinars so gefallen ist, wird jede Münze zweimal umgedreht. Mir fällt auf, dass beim Wiegen der Ware oft bis zum letzten Groschen gefeilscht wird. Wir machen noch einen kleinen Abstecher zum Fischmarkt. Die Halle ist kühl, eine angenehme Abwechslung, trotz des penetranten Fischgeruchs und dem Marktgeschrei der Fischer. Sardinen, Doraden und Tintenfisch, wohin das Auge reicht. Für drei Kilo Doraden zahlen wir nur zehn Euro, ich komme mir wie eine unverschämte reiche Kolonialherrin vor. Ich sehe mich nach Thunfisch um, den gab es hier früher in Hülle und Fülle – dieses Jahr aber nicht. Kein Wunder, der Thunfisch ist von Überfischung bedroht. Mein Blick fällt auf einen Fisch, der wie ein Hai aussieht. Wir sind irritiert, seit wann wird in Tunesien Hai gegessen? Ich frage nach. Der Verkäufer behauptet, das sei kein Hai, sondern „Chien de mer“, während er den Dornhai filetiert. Ich bleibe dabei, dass das eine Hai-Art ist, währenddessen überredet er meine

Tunesien auf einem schwierigen Weg. Hohe Jugendarbeitslosigkeit und Korruption führen immer wieder zu landesweiten Protesten.





Steuern zahlen vor allem Beamte. Für Investitionen in öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur fehlt das Geld.

Eltern, den Fisch zu probieren, am besten frittiert oder in einer deftig-dicken Sauce für Pasta. Mit weiteren zwei Kilo Dornhai gehen wir wieder Richtung Auto. Einige Tage später sind wir bei meiner Tante zum Essen eingeladen. Irgendwann kommen wir auf das Thema Lebensmittel zu sprechen und wie billig Fisch geworden ist. „Wir Tunesier essen seit geraumer Zeit keinen Fisch mehr. Viel zu viele Menschen, die im Mittelmeer ertrunken sind und Fische, die sich vielleicht von den Kadavern ernähren“, sagt mein Onkel. Ich frage, ob das sein Ernst ist. Während die einen ihren Urlaub am Mittelmeer buchen, essen die anderen nichts mehr, was aus diesem Meer gefischt wird? Das ist mir zu viel, ich rede mir ein, dass Fische doch kein Menschenfleisch essen.

„Alles ist teurer geworden wegen der Touristen aus Algerien. Die kaufen uns alles weg.“



Schlagartig fällt mir der „Chien de mer“ ein und nehme mir vor, in Österreich nachzuschauen, ob dieser Fisch wirklich zur Hai-gattung gehört oder nicht.

### Xenophobie auch in Tunesien

Zuhause angekommen stoßen wir auf unsere Nachbarin Sonia und sprechen die Preise am Markt an. Genervt schüttelt sie den Kopf. „Alles ist teurer geworden wegen der Touristen aus Algerien. Die kaufen uns alles weg und dann steigen die Preise.“ Ich verkneife mir die Frage, ob ihr das Prinzip von Angebot und Nachfrage ver-

### Es wird mindestens eine Generation dauern, bis ein demokratisches Grundverständnis vorhanden ist.

traut ist. Falls ich etwas in diesen Wochen in Tunesien gelernt habe, dann, dass man die Einheimischen unmöglich eines Besseren belehren kann. Ich bin überrascht von Sonias Unverständnis gegenüber den Algeriern. Schließlich sind sie es, die in Tunesien seit dem Arabischen Frühling den Tourismus und die Wirtschaft ankurbeln, vor allem nachdem die europäischen Touristen ausgeblieben sind. Sonia fragt mich, wie die Situation in Österreich ist. Ich schildere ihr den allgemeinen Rechtsruck in Europa, erzähle von der verschärften Asylpolitik. Die Lehrerin nickt zustimmend. „Ich kann die Österreicher verstehen.

All die Leute, die neu kommen, und wegen ihnen wird alles teurer und schlechter.“ Ich muss kurz lachen, Fremdenhass ist also doch überall zu finden. Ich erinnere sie, dass die schlechte Lage in Tunesien nichts mit den Touristen aus dem Nachbarland zu tun hat und dass es der Gesellschaft viel besser ginge, wenn jede Bürgerin und jeder Bürger Steuern entrichten würde. Derzeit zahlt nur Steuern, wer als Beamter beim Staat angestellt ist, also Polizisten oder Lehrkräfte. Für öffentliche Ausgaben, Infrastruktur und anderes steht dem Staat also nicht so viel Geld zur Verfügung. Dafür werden Brot, Zucker, Milch, Öl und Benzin staatlich subventioniert – um den Unmut des Volkes gering zu halten. Man weiß, der Mix aus verteuerten Lebensmitteln und politischer Unzufriedenheit hat Tunesien schon einmal eine Revolution beschert. Immerhin mit positivem Ausgang. Wie lange der Demokratisierungsprozess in Tunesien noch dauert, bleibt abzuwarten. Nach jahrzehntelanger Kolonisation durch Frankreich und eine hausgemachte Diktatur dürfte es wohl mindestens eine Generation brauchen, bis sich ein demokratisches Grundverständnis in den Köpfen eingenistet hat. Dann sollte Tunesien als demokratisch und wirtschaftlich gefestigtes Land aus dem Arabischen Frühling hervorgegangen sein.

*Nour-El-Houda Khelifi studiert Biologie und arbeitet als freie Journalistin.*



Christoph Riedl ist Grundlagenreferent für Asyl, Integration und Menschenrechte bei der Diakonie Österreich.

## BILANZ

# Wettlauf gegen die Zeit

Seit einem Jahr regieren ÖVP und FPÖ das Land. Was hat sich in der Flüchtlingsfrage seither verändert? Viel, sagt Christoph Riedl von der Diakonie Österreich. Gerade jene, die sich besonders gut integriert haben, seien die Ersten, die abgeschoben werden. Auch Familien werden dabei getrennt.

INTERVIEW: EVA MARIA BACHINGER  
FOTOS: KARIN WASNER

## Seit einem Jahr regieren ÖVP und FPÖ. Was hat sich aus Ihrer Sicht seitdem verändert?

Es hat sich verändert, dass man nun auf Teufel komm raus versucht, Leute abzuschieben. Wir registrieren seit einigen Monaten, dass praktisch bei jedem Antrag auf Verlängerung des subsidiären Schutzes ein Aberkennungsverfahren eingeleitet wird. Das betrifft in erster Linie Flüchtlinge aus Afghanistan, denen überwiegend subsidiärer Schutz gewährt wurde. Uns ist das völlig unverständlich. Für eine Aberkennung müsste sich ja die Situation im Herkunftsland nachhaltig verbessert haben. Es ist jedoch das genaue Gegenteil der Fall: Die Situation in Afghanistan ist schlechter und gefährlicher als jemals zuvor. Mit der Lehrlingsdebatte erleben wir einen traurigen Höhepunkt. Es werden keinerlei humanitäre Erwägungen mehr einbezogen, was vorher schon öfters der Fall war. Gerade jene, die sich besonders gut integriert haben, sind die Ersten, die abgeschoben werden. Das hat sich wirklich umgedreht. Es gab im Innenministerium früher einen eigenen Beirat für Altfälle, dem ich als Vertreter der Diakonie auch angehört habe. Da galt noch die Einschätzung, dass jemand, der gut integriert ist, gut Deutsch spricht, eine Ausbildung absolviert oder einen Job in Aus-

sicht hat, ein klassischer Bleiberechtsfall ist. Ich laste es dieser Regierung an, aber auch den vorhergehenden Regierungen, dass es bis heute keine vernünftige Regelung für die Gewährung von Bleiberecht oder humanitärem Aufenthaltsrecht gibt. Nun haben wir Fälle, wo es zu einem Wettlauf mit der Zeit kommt, ob nämlich ein Antrag auf Bleiberecht vorher überhaupt noch geprüft werden kann, bevor abgeschoben wird. Wir registrieren seit einigen Monaten, dass praktisch bei jedem Antrag auf Verlängerung des subsidiären Schutzes ein Aberkennungsverfahren eingeleitet wird. Das betrifft in erster Linie Flüchtlinge aus Afghanistan, denen überwiegend subsidiärer Schutz gewährt wurde. Uns ist das völlig unverständlich. Für eine Aberkennung müsste sich ja die Situation im Herkunftsland nachhaltig verbessert haben. Es ist jedoch das genaue Gegenteil der Fall: Die Situation in Afghanistan ist schlechter und gefährlicher als jemals zuvor.

## Argumentiert wird, dass Recht Recht bleiben muss, wenn ein negativer Asylbescheid vorliegt.

Da sage ich, das stimmt so nicht. In der Grundrechtcharta und in der Menschenrechtskonvention ist das Recht auf ein faires Asylverfahren verankert, aber auch das Recht auf Privat- und Familienleben. Man

kann nicht einfach sagen, dass das eine Recht mehr wiegt als das andere. Wir haben das Problem, dass beim Antrag auf humanitäres Aufenthaltsrecht, der unabhängig vom Asylverfahren gestellt werden kann, keine aufschiebende Wirkung eingebaut ist. Das heißt: Man kann zwar bei negativem Verlauf des Asylverfahrens einen Antrag auf humanitären Aufenthalt stellen, aber die Behörde muss nicht abwarten, wie das Verfahren in der zweiten Instanz ausgeht. Was dazu führt, dass man in der ersten Instanz weitreichende Integrationsleistungen einfach negiert, auch bei Menschen, die auf Maturaniveau Deutsch sprechen, die sich in Vereinen engagieren, die viele Fortschritte gemacht haben und bereits tief verwurzelt sind.

## Bundeskanzler Sebastian Kurz meint, dass es zum Beispiel besser wäre, einem anerkannten Flüchtling eine Lehrstelle zu vermitteln, als Asylwerbern, die noch keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben.

Die Aufnahmerichtlinie der EU besagt, dass jemand, der länger als neun Monate in der ersten Instanz im Asylverfahren ist, Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen muss. Dass man Jugendlichen eine Ausbildung vorenthält, ist noch einmal ein anderes Kapitel. Es ist absurd, dass man jungen Menschen eine Ausbildung



Die Beschleunigung der Asylverfahren führt dazu, dass noch mehr Bescheide aufgehoben werden.

verweigert und ihnen zuschaut, wie sie auf der Bettkante sitzen, bis sie erwachsen werden. Da macht man sich an diesen Jugendlichen schuldig, aber auch an Österreich, da wir diese Leute, wenn sie ausgebildet sind, dringend brauchen würden. Asylerber sollten nach einer kurzen Eingangsphase Zugang zum Arbeitsmarkt haben, um für sich selbst und ihre Familie sorgen zu dürfen, das ist eine langjährige Forderung sämtlicher NGOs. Ein Asylverfahren sollte in jeder Instanz sechs Monate dauern, also innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein, alles andere ist ohnehin außer der Norm. Wenn die Verfahren aber Jahre dauern, dann müssen die Integrationsleistungen letztlich mehr wiegen. Sie dann noch abzuschieben ist oft ein Verstoß gegen das Menschenrecht auf Privat- und Familienleben.

**Es kommen aber auch viele, die um Asyl ansuchen, auch mangels Alternativen, aber nicht wirklich politisch verfolgt oder Kriegsflüchtlinge sind. Wie soll man damit umgehen?**

Ich bin sehr dafür, Migration und Asyl konsequent und streng zu trennen. Wenn man ein Asylverfahren ernst nimmt, dann gibt es naturgemäß negative Bescheide, die sollten auch durchgesetzt werden. Wenn es ein rechtsstaatlich faires Verfahren war, mit entsprechender Rechtsberatung und am Ende kein Asylgrund vorliegt, dann sollte die Person auch abgeschoben werden. Wenn man ohnehin am Ende alle hierlässt, dann könnte man sich das Asylverfahren sparen.

Internationalen Schutz zu bekommen, das muss auch gerechtfertigt sein. Das ist richtig so. Aber: Wenn ein Asylverfahren viel zu lange dauert – an dieser Stelle möchte ich betonen, dass es in den seltensten Fällen die Asylwerber und die NGOs sind, die Verfahren verzögern, sondern es sind meistens die Behörden, die so lange brauchen – und wenn jemand hier gut integriert ist, dann kann man sich nicht auf das Asylverfahren berufen. Dann greift eben das Recht auf

### **Eine ausgelagerte Stelle des Innenministerium kann nicht die eigenen Bescheide überprüfen, ob sie richtig waren.**

Privat- und Familienleben und man muss einen Aufenthaltstitel aufgrund humanitärer Gründe gewähren. Das verlangt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Derzeit haben wir aber Fälle wie jenen eines mehrfachen Taekwondo-Staatsmeisters aus Bad Gastein, der ehrenamtlich gearbeitet hat, Deutsch auf hohem Niveau spricht, hier verheiratet ist, und den man trotzdem zwei Tage vor seiner Verhandlung in der Bleiberechtssache ohne seine Papiere nach Russland abgeschoben hat. Eine besondere, neue Brutalität ist übrigens auch, dass man Familien nun getrennt abschiebt.

**Die Forderung nach beschleunigten Verfahren gibt es ebenfalls schon lange. Warum passiert das nicht? Die Regierung könnte sich damit Fälle, die für einen medialen Aufschrei sorgen, sparen.**

Wir fordern seit vielen Jahren schnellere Verfahren, aber sie sollen auch qualitativ hochwertig sein. Die Qualifikation der MitarbeiterInnen in der Asylbehörde muss besser werden, damit wir nicht so viele Aufhebungen in der zweiten Instanz haben. Da muss man ansetzen. Denn eine Beschleunigung um der Beschleunigung willen, die dazu führt, dass noch mehr Bescheide in der zweiten Instanz aufgehoben werden, ist nicht sinnvoll und auch teuer. Letztes Jahr lag die Fehlerquote bei über 42 Prozent. Das ist unglaublich hoch. Leider will man derzeit aber die Beschleunigung der Verfahren über eine Beschneidung des Rechtsschutzes erreichen. Die unabhängige Rechtsberatung soll aufgekündigt werden und die Betroffenen sollen eine Rechtsberatung durch das Innenministerium bekommen. Das ist eine Absurdität sondergleichen. Das wäre so wie wenn die Vereinigung der Hausvermieter ihre Mieter dazu zwingen würden sich bei Mietrechtsstreitigkeiten an einen ihrer Anwälte zu wenden. Es kann ja nicht eine ausgelagerte Stelle des Innenministeriums die eigenen Bescheide überprüfen, ob sie gut waren oder nicht. Die Rechtsvertretung im Asylverfahren müssen natürlich nicht unbedingt NGOs machen, man könnte auch andere Modelle finden, die eine unabhängige Beratung und Vertretung garantieren. In anderen Ländern ist das meist auch anders organisiert. Aber wenn man den Zugang zur Rechtsberatung auf aussichtsreiche Fälle beschränken will, dann durch eine Vorprüfung durch ein unabhängiges Gericht und nicht eine ausgelagerte Stelle des Ministeriums. Das wäre ein schwerwiegender Angriff auf den Rechtsstaat und ist abzulehnen. Das wurde auch in einem offenen Brief von führenden Verfassungsexperten, vielen Kulturschaffenden, Politikern und Kirchenvertretern unterstützt. Jede Beschleunigung im Asylverfahren muss zu mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr Verfahrensgarantien führen, sonst kommen die Grundrechte unter die Räder.

**Können Sie noch weitere Punkte nennen, die sich in diesem Jahr verändert haben?**

Die große Frage der Unterbringung von Asylsuchenden. Wir haben den niederösterreichischen Landesrat Gottfried Waldhäusl. Ich habe das Gefühl, dass der hier offenbar für die Bundesregierung einiges ausprobiert. Der Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personen macht uns große Sorge. Die Schließung der seit Jahrzehnten bestehenden, spezialisierten Flüchtlingsunterkunft St. Gabriel der Caritas hatte zur Folge, dass

nun Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen keine adäquate Versorgung mehr bekommen. Das ist eine dramatische Entwicklung, die rechtsstaatlich nicht zu rechtfertigen und auch nicht EU-rechtskonform ist. Der Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen ist ebenfalls absolut nicht so wie er sein soll. Es kann keine Unterscheidung geben zwischen Jugendlichen, die von der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden und Jugendlichen, die einen Asylantrag gestellt haben und, während sie noch minderjährig sind, in Erwachsenenquartiere in entlegenen Gebieten untergebracht werden. Noch immer werden österreichweit in der Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen Tagsätze bezahlt, die nicht einmal die Hälfte ausmachen, die man einem österreichischen Jugendlichen zugestehen würde. Das ist alles nicht neu, aber es hat sich die Lage noch einmal verschärft.

### Wie sehen Sie die Ankündigung die Mindestsicherung für Flüchtlinge zu kürzen?

Das kann rechtlich auch nicht gehen. Der erste Versuch, in Niederösterreich anerkannten Flüchtlingen nur noch die Hälfte der Mindestsicherung auszubehalten, wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgrund von Diskriminierung gestoppt. Kurze Zeit später versucht man mit dieser Ankündigung genau dasselbe wieder. In der Genfer Flüchtlingskonvention ist klar festgehalten, dass anerkannten Flüchtlingen dieselben Leistungen zustehen wie Staatsbürgern. Das ist auch geltendes europäisches Re-



Die Ankündigung, die Mindestsicherung für Geflüchtete zu kürzen, kann rechtlich nicht halten.

cht. Es wird versucht, sich einfach darüber hinwegzusetzen. Es besteht nun die Gefahr, dass die Mindestsicherung auch für Österreicher gekürzt wird, und darunter sind auch viele Kinder.

### Glauben Sie wirklich, dass die Regierung bewusst und wissentlich Politik gegen Kinder macht?

Es macht den Eindruck, dass man Politik gegen Armutsbetroffene macht. Es taucht überall dieser Leistungsbegriff auf. Nur wer leistet und ins System einzahlt, soll bekommen. Alleinerziehende Mütter

sind zum Beispiel besonders betroffen. Sie leisten zwar sehr viel für die Gesellschaft, aber ich glaube nicht, dass die Regierung diese Gruppe vor Augen hat, wenn sie von Leistungsträgern spricht. Die Mindestsicherung ist keine Versicherungsleistung und ist nur das unterste Netz der sozialen Absicherung, das allen zur Verfügung stehen muss. Denn was ist mit kranken oder behinderten Menschen? Sollen sie auch weniger bekommen, wenn sie nichts ins Sozialsystem einzahlen können?

### Es gibt auch in Europa und in Österreich wachsende Ungleichheit zwischen Vermögenden und Armen. Viele fühlen sich abgehängt und wählen Parteien, die eine Lösung versprechen. Hat hier nicht auch soziale, linke Politik versagt?

Das große Problem ist der Neidkomplex, mit dem hier gearbeitet wird. Diese Politik braucht die Flüchtlinge als Sündenböcke. Das funktioniert nicht nur bei rechten Wählern, sondern auch bei jenen, die früher SPÖ gewählt haben. Es wäre wünschenswert, wenn die Parteien im linken Spektrum hier geschlossener auftreten würden. Andererseits glaube ich, dass es durchaus christlich-soziale Wähler gibt, die so eine Politik auch nicht wollen. Selbst in der FPÖ gibt es Wähler, die die ersten Opfer dieser Maßnahmen sein werden. Aufwachen werden die Menschen wohl erst, wenn es sie selbst betrifft und das kann noch dauern. Ich hoffe, dass dann alle Parteien wieder beginnen Sozialpolitik für alle Menschen zu machen.

Der große Problem ist der Neidkomplex, mit dem politisch gearbeitet wird.



## PATENSCHAFT

# „Was hältst du von einer Senioren-WG?“

Drei Patinnen von Jugendlichen, die aus Afghanistan geflüchtet sind, erzählen über ihre Erfahrungen.

TEXT: LAURA MARCHLER  
FOTOS: MAGDALENA STERN

**N**iemand kann ihnen entgehen, den Meldungen zur so genannten „Flüchtlingsdebatte.“ Zumeist kreisen sie um dieselben Themen: Wie Flüchtlings soziale Strukturen verändern; ob die Menschen aus legitimen Gründen gekommen sind; und was sie hier überhaupt tun. Eher selten wird eine andere Seite beleuchtet: das Engagement der vielen Freiwilligen, die sich weniger über den Zuzug sorgen, als die Menschen dabei unterstützen, sich in Österreich einzuleben. Am 8. Oktober hielt die Initiative #SicherSein am Minoritenplatz in Wien eine Mahnwache gegen Abschiebungen nach Afghanistan ab. 2017 forderten Krieg und Terror in Afghanistan rund 10.000 zivile Opfer, das Flüchtlingshilfswerk UNHCR warnt vor der gefährlichen Situation im Land. Selbst der UN Sicherheitsrat hat 2018 bestätigt, dass es sich bei Afghanistan nicht um ein Nach-Konflikt-Land, sondern um ein Land, das wesentlich von kriegerischen Handlungen geprägt ist, handelt. Dennoch werden Menschen aus Österreich und auch aus Deutschland weiterhin nach Afghanistan abgeschoben. Im Rahmen der Mahnwache am Minoritenplatz erzählen drei Frauen, die sich als Patinnen für Geflüchtete engagieren, von ihren Erfahrungen mit den Jugendlichen.

Jawid\* ist 2011 nach Österreich gekommen, nicht lange darauf übernahm Mary K. eine Patenschaft für den damals minderjährigen unbegleiteten Flüchtling aus Afghanistan. Sieben Jahre später erzählt Mary K. mit Tränen in den Augen stolz von einer Erfolgsgeschichte: Die Lehrabschlussprü-



Mahnwache gegen Abschiebungen nach Afghanistan am Minoritenplatz.

fung hat Jawid bereits bestanden, nun bereitet er sich auf die Matura im kommenden Frühjahr vor. Eine Prüfung dafür hat er bereits abgeschlossen, doch der Weg zu diesem Erfolg war nicht immer leicht. Vor allem die ständige Ungewissheit über den

**Mary K. berichtet stolz von einer Erfolgsgeschichte. Die Lehrabschlussprüfung hat ihr Schützling bereits bestanden.**

Aufenthaltsstatus in Österreich belastet alle Beteiligten bis heute. Eigentlich wollte Mary auch eine Unterkunft für Jawid suchen: „Wir waren auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung, doch das erwies sich als ziemlich schwierig. Nachdem wir einige Schüler- und Studenten-WGs besichtigt hatten, habe ich Jawid gefragt: „Du,

was hältst du von einer Senioren-WG mit meinem Mann und mir?“ Zwar lacht Mary heute darüber, in Wirklichkeit bedeutete ihr dieser Einzug viel. Sie wollte einem jungen Menschen ein zu Hause und Geborgenheit zu geben.

Auch Susanne S. ist Patin, sie erzählt die Geschichte von Rashed\*. Der junge Afghane kam 2015 als 16-Jähriger nach Österreich. Seit dem Sommer 2016 hat Susanne neben vier erwachsenen Kindern nun auch einen Patensohn. Rashed erledigte im Laufe der Zeit alles, was man in Österreich von ihm erwartet: Er legte eine Deutschprüfung ab, ist Stammspieler im Fußballverein, und er hat eine Praktikums- und Lehrstellenzusage. Dennoch im Frühling 2018 der Schock: Die Beamten lehnen den Antrag auf Verlängerung des subsidiären Schutzes ab. In der Begründung heißt es,



Die Patinnen Eli F., Mary K. und Susi K. (s.u.) berichten über ihre Erfahrungen.



Rashed sei als Person nicht glaubwürdig, zudem sei er in Österreich nicht verankert. Rashed legte dagegen Beschwerde ein, das Verfahren läuft. Im Gespräch zeigt sich Susanne S. immer noch fassungslos über das Urteil, stärker integriert könne man kaum sein. Sie und ihre Familie geben die Hoffnung dennoch nicht auf. Der engagierte Jugendliche, meint sie, sei doch ganz klar eine Bereicherung, für ihre Familie, und auch für Österreich.

Elisabeth F. hat in der Vergangenheit bereits einige Patenschaften übernommen. Sie erinnert sich an einen besonderen Fall: Zahir\* flüchtete 2015 nach Österreich, musste jedoch seine Familie in Afghanistan zurücklassen. Schnell fand er sich in Österreich zurecht, jedoch in ständiger Sorge um seine Familie. Als Zahir schließlich zum Christentum konvertierte, konnte er im Zuge einer Familienzusammenführung seine Familie zu sich holen. 2018 erhielt er plötzlich die Nachricht, dass ein Aberkennungsverfahren eingeleitet wurde. Elisabeth F. will die Hoffnung nicht aufgeben, dass das Verfahren doch noch einen guten Ausgang nimmt.

Die drei Erzählungen stehen für viele andere Lebensgeschichten. Im Gespräch wird klar, dass es hier nicht allein um Sozialarbeit und Unterstützung geht, sondern um mehr. Als Patin oder Pate wird man zur vertrauensvollen Ansprechperson, zum

Patinnen: persönliche Freuden und plötzliche Aberkennungsverfahren als Erfahrungen.



Freund oder sogar zur zweiten Familie. Mit Patenschaften gehen aber mit keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen einher. Vermittelt werden Patenschaften durch Vereine wie „PatInnen für alle“ oder „Connecting People“. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nennt Barbara Preitler, Gründungsmitglied und Therapeutin beim Verein „Hemayat“ (der Folter- und Kriegsüberlebende betreut), drei wesentliche Motivationen, so eine Patenschaft einzugehen: Für Jugendliche sind Bezugspersonen wichtig, die sie beim Erwachsenwerden begleiten und dabei unterstützen, eine

## Für Jugendliche sind Bezugspersonen wichtig, die sie beim Erwachsenwerden begleiten und Vertrauen stiften.

eigene Identität herauszubilden; als Vertrauensperson hilft man, sich in Österreich mit der neuen Sprache, mit der Kultur und sozialen Situationen zurechtzufinden; für traumatisierte Jugendliche bietet man eine stabile Beziehung und gibt Vertrauen und Sicherheit. Dabei kann jede/r Einzelne viel ausrichten und vor allem auch dazu beitragen: #sichersein. (\*Namen von der Redaktion geändert)

*Laura Marchler studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Redakteurin bei „Zündstoff“, der Zeitschrift der IG Publizistik.*

*Die Initiative wird unterstützt von: Amnesty International, Rotes Kreuz, Samariterbund, SOS Kinderdorf und VIDC. Und mitgetragen von: Ärzte ohne Grenzen, Gesellschaft für bedrohte Völker, Kinderfreunde, Flüchtlingsprojekt Ute Bock, Plattform Asyl für Menschenrechte, Omas gegen rechts, SOS Menschenrechte, Play Together Now, Flucht Punkt Ländle, Flucht Punkt, Bleiberecht Salzburg.*

### IMPRESSUM

#### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

#### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander  
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari  
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,  
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

#### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Eva Maria Bachinger, Nour Khelifi, Laura Marchler,  
Michael Pilz, Martin Schenk, Zoran Sergievski,  
Philipp Sonderegger, Brigitte Theißl, Karin Wasner

#### BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

#### COVERBILD: P.M. Hoffmann

LEKTORAT: Magdalena Summereder

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera  
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00-18

#### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

#### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,  
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,  
Mail: office@sosmitmensch.at  
Web: www.sosmitmensch.at  
ZVR: 22747570

#### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und  
Herausgeberin: SOS Mitmensch  
Sitz: Wien  
Geschäftsführung: Alexander Pollak,  
Gerlinde Affenzeller;  
Obmann: Max Koch  
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie  
und Migration  
ZVR: 22747570

#### SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590  
BIC: BAWAATWW  
MO ist das Medium von SOS Mitmensch  
gegen Rassismus und Diskriminierung,  
für Menschenrechte, Demokratie und  
Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.  
Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:  
SOS Mitmensch.

## INTERVIEW

# China ist eine Erziehungsdiktatur

Raimund Löw hat drei Jahre für den ORF aus China berichtet und seine Eindrücke in einem Buch gesammelt. Ein Gespräch über die Spielarten der Überwachung und dem fehlenden Rechtsstaat als Problem.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL  
FOTOS: KARIN WASNER

**Herr Löw, Sie beschreiben in Ihrem Buch, dass Kontrolle und Überwachung in China zuweilen auch positiv besetzt sind. Wie das?**

China ist eine Erziehungsdiktatur, das wird von vielen Leuten auch so erlebt. Kürzlich hat es eine Katastrophe in Chongqing gegeben. Ein vollbesetzter Bus ist über eine Brücke in den Jangtsekiang gestürzt, alle Fahrgäste waren tot. Eine Frau hatte den Stopp verpasst und während eines Streits dem Fahrer mit dem Handy auf den Kopf geschlagen, weil dieser nicht stehen bleiben wollte. Der Fahrer verriss das Lenkrad und der Bus stürzte ab. Es folgte eine große Diskussion in den Medien, die es vor 20 Jahren nicht gegeben hätte. Damals wurden Katastrophen einfach verschwiegen. Nun haben die Behörden ein Video vom Unfall veröffentlicht und es wurde emotional diskutiert, ob man die Fahrer besser schützen müsse und warum sich Menschen so unzivilisiert benehmen. Die Medien sind zwar gelenkt aber solche Berichte sind zu lesen. Und viele Leute sprechen sich tatsächlich für mehr staatliche Regeln aus, der Umgang in China ist oft recht rüde unter Einsatz der Ellenbogen. Das Problem ist, dass es in China keine Gewaltenteilung gibt und kein Rechtssystem, das unabhängig von der politischen Macht agiert. Wenn die Polizei oder die Antikorruptionsbehörden durchgreifen, dann basiert das oft auf Willkür.

**Sie haben drei Jahre in China gearbeitet, welche Freiheiten hat man als Auslandskorrespondent?**

Ich habe mich nicht unfrei gefühlt, auch wenn man als Weißer auf der Straße natürlich schon erkannt wird. Dass es ein umfassendes Überwachungssystem gibt, ist einem immer bewusst. Eine französische Kollegin hatte kritisch über die Situation der Uiguren berichtet, da gab es eine Kampagne in den Medien gegen sie, sie habe das chinesische Volk beleidigt. Danach wurde ihr Visum nicht verlängert. Aber als Auslandsjournalist ist man eigentlich geschützt.

**Eine französische Kollegin hatte kritisch über die Situation der Uiguren berichtet. Ihr Visum wurde nicht verlängert.**

**Unter welchen Umständen ist Menschenrechtsarbeit in China eigentlich möglich?**

Es hat eine ganze Reihe von Anwaltsbüros gegeben, die Menschenrechtsfälle vor Gericht vertreten haben. Es gab ein Netzwerk von Anwälten, die sich gegenseitig mit Informationen versorgten. Vor drei Jahren gab es eine breit angelegte Razzia, bei der laut Amnesty International 248 Anwälte und Aktivisten festgenommen wurden. Die größte Menschenrechtskanzlei, die sich mit solchen Fällen beschäftigt hatte, wurde aufgelöst. Das war eine große Welle der Repres-



sion. Aber neue Initiativen entstehen immer wieder. Das jüngste Beispiel ist: Es gibt viele Streiks in China, die aber über die Betriebe nicht hinausgehen. In der Nähe von Shenzhen im Süden Chinas hat es eine Bewegung gegeben, Betriebsräte zu wählen. Etwas, das es eigentlich nicht gibt. Es kam zu einem Konflikt, und Studenten von Marxismus-Instituten verschiedener Universitäten haben sich mit den Leuten solidarisiert und sind dorthin gefahren. Auch hier reagierte man mit Repression, ich glaube, zwei oder drei der Studenten sind heute noch in Haft. Aber solche Initiativen kommen immer wieder auf, sie sind die unweigerliche Folge der gesellschaftlichen Entwicklungen.

**Immer wieder hört man von Netzsperrern und blockierten Social Media in China, wie ausgeprägt ist die Kontrolle des Internet tatsächlich?**

Die Recherchearbeit ist furchtbar mühsam, man hat ein VPN, also ein Virtual Private Network. Das ist eine Software, um die Firewall am Computer oder am Handy zu umgehen. Das ist ein dauernder Kampf, auch wenn die Behörden diese Lücke teil-

**Objektive Informationen gibt es nicht, aber 100 Millionen Blogger, die über Streiks und Konflikte berichten.**

weise zulassen. Geschäftsleute arbeiten häufig damit, Studenten können sich ein VPN eher nicht leisten. Aber es hat sogar chinesische Firmen gegeben, die so eine Software angeboten haben. Das läuft alles sehr chaotisch und auch pragmatisch ab, in China passiert viel gleichzeitig. Dann gab es wieder eine Welle gegen diese Hersteller, kurz darauf bieten Unternehmen aus Taiwan neue Produkte an. Ganz konkret funktioniert das Internet so, dass ausländische Seiten stark verlangsamt sind, während bestimmte Medien blockiert werden.

**Ist die New York Times wieder online? Die Zeitung hatte sich unbeliebt gemacht, weil sie Finanzgeschäfte im Umfeld von Präsident Xi Jinping aufgedeckt hatte.**

Verwandte von Xi waren ein Aspekt, aber die New York Times hatte ausführlich über den Reichtum der Mitglieder des Politbüros recherchiert. Die Folge war, dass der Korrespondent der New York Times ausgewiesen wurde. Die Zeitung ist bis heute ge-

sperrt, aber deren Büro wurde mittlerweile wieder geöffnet – sicherlich unter guter Beobachtung. Die New York Times bringt jeden Tag eine chinesische Ausgabe heraus, ein enormer Aufwand. Das wird in Hongkong und in Taiwan gelesen und die Hoffnung ist, dass, wenn die Zensur schwächer wird, das auch in China gelesen wird. Dass Google, Twitter und Facebook blockiert sind, hat nicht nur inhaltliche Gründe. Die Behörden wollen damit auch eigene Firmen, die solche Formate anbieten, stärken.

### Gibt es halbwegs objektive Informationsquellen in China?

Objektive Medien gibt es nicht, aber ungefähr 100 Millionen Blogger, die über Streiks und Konflikte schreiben. Mit dem China Labor Bulletin gibt es eine Stelle, die versucht, alle Streiks in China zu dokumentieren. Aber auch die Leute des Bulletin beziehen ihre Informationen aus den diversen Blogs, die nicht gleich zensuriert werden. Wenn es zu Problemen in einem Dorf oder in einem Betrieb kommt, hat man gute Chancen, darüber in Blogs mehr zu erfahren. Blogger fahren auch dorthin, um zu recherchieren. Das ganze ist ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden. Vor einem Jahr wurden einige der Blogger verhaftet, manche sind bis heute verschwunden.

### Wird diese Kontrolle, dieser staatliche Zugriff öffentlich thematisiert?

Nein, in den Medien gehört das zu den Tabuthemen. Auf den Universitäten wird das schon diskutiert, aber nicht öffentlich. Anders in Taiwan und Hongkong, wo in der „South China Morning Post“ ausführlich über diese Themen berichtet wird. Aber die Zeitung ist in China nicht verfügbar.

### Wie stehen die Menschen zu dieser Kontrolle, regt man sich darüber auf?

Als Korrespondent kann man das Thema schon ansprechen, und die Leute sind auch bereit, darüber zu sprechen. Dass es Zensur gibt, ist allen bewusst, die Meinungen darüber sind geteilt. Die einen meinen, das muss so sein, sonst würde das Reich zerfallen. Sie verweisen auf die problematischen Entwicklungen des Arabischen Frühling und wollen etwas Ähnliches verhindern. Eine Sichtweise, die auch die Parteivertreter befördern. Aber ich habe auch mit Intellektuellen diskutiert, die sich noch vor einigen Jahren für mehr Freiheiten ausgesprochen haben. Jetzt ist das nicht mehr so eindeutig, die Leute beziehen sich auf die Wahl



Raimund Löw: Stellte Chinas Premier eine nicht genehmigte Frage und erntete Verblüffung.

von Donald Trump, auf den aufkommenden autoritären, demagogischen Nationalismus, auf den Brexit der Briten und zweifeln angesichts der daraus entstandenen Verwerfungen an der Sinnhaftigkeit von Referenden. Man merkt: Es gibt ein Legitimationsproblem der westlichen Demokratie.

**Eine Entwicklung in China scheinen auch die so genannten Smart Cities zu sein, in denen kaum ein Winkel nicht von einer Kamera erfasst ist. Wird die Überwachung auch räumlich ausgebaut?**

### In China verfolgt man Trump und Brexit und merkt: Es gibt ein Legitimationsproblem der westlichen Demokratien.

Solche Versuche gibt es in einigen Städten, die Regierung trägt das vor sich her. Damit zeigt sie, wie toll die Technologie funktionieren kann und wie sie die Sicherheit verstärken kann. Anhand eines Beispiels wollte man dokumentieren, wie gut Gesichtserkennung funktioniert. Man hat drei Polizistinnen mit Brillen ausgerüstet, die mit der Datenbank der Polizei und den Fotos von Verdächtigen verlinkt waren. Sie haben sich an einem Bahnhof postiert und alle Leute dort aufgenommen, und tatsächlich sind die Gesuchten über dieses System identifiziert und festgenommen worden. Das sind natürlich Propagandaaktionen, aber es zeigt, wie offensiv die Regierung das betreibt. Es stimmt, in Chinas Städten werden viele Kameras montiert, aber das ist in London nicht anders. Der Unterschied ist: die Bereitschaft der Chinesen, die Technologie einzusetzen, ist sehr groß, weil das Vertrau-

en in die Technologie groß ist. Das Problem dabei ist aber vor allem die Verbindung von Big Data und der fehlenden Gewaltenteilung und Rechtssicherheit. Menschenrechtsorganisationen in Hongkong und Dissidenten im Exil warnen davor.

### Auch Sie selbst haben erlebt, wie leicht man auffällig werden kann, als Sie auf einer Pressekonferenz eine nicht genehmigte Frage gestellt haben. Wie kam es dazu?

Ich wollte für eine Diskussionsrunde für den ORF auch Vertreter des Parteitages einladen, die etwa erklären, was der Sozialismus mit chinesischer Prägung ist. Bei der Auslandsabteilung des Zentralkomitees, wo ich bestens auch über Deutschland und Österreich informierte, freundliche Beamte vorgefunden habe, hat man darüber nur gelacht und gemeint: Sie wüssten, dass Politiker in Europa und Amerika ihr halbes Leben im Fernsehen verbringen, aber sie hätten dafür keine Zeit. Tatsache ist, es besteht in China praktisch kein Zugang zu Politikern. Es gibt nach dem Volkskongress eine große Pressekonferenz des Premierministers, die wird live in allen Fernsehkanälen übertragen. Dafür kann man im Vorfeld drei Fragen einreichen, davon wird eine ausgewählt. Ich habe nur eine Frage abgeliefert, ob die Krim aus chinesischer Sicht zur Ukraine oder zu Russland gehört. China ist mit Russland eng verbündet, lehnt aber strikt Eingriffe in die nationale Souveränität ab. Die Frage wurde abgelehnt, aber bei der Pressekonferenz hatte ich dann plötzlich so etwas wie ORF verstanden. Als der Saaldienner sich mit dem Mikrofon auf mich zubewegte, habe ich das Mikrofon ergriffen und meine Frage gestellt. Der Premierminister schaute ziemlich erstaunt, hat dann aber diplomatisch geantwortet. Nachher hat sich herausgestellt, dass der Kollege neben mir gemeint war. Meine nicht genehmigte Frage war jedenfalls eine kleinere Sensation, in allen Zeitungen wurde über den „mic grabber“ berichtet. Es ist aber harmlos ausgegangen, außer dass man später keine meiner eingereichten Fragen mehr genehmigte. Ausgewiesen wurde ich aber nicht.



Raimund Löw,  
Kerstin Witt-Löw  
**Weltmacht China**  
Residenz Verlag, 2018  
256 Seiten, 24 Euro

## UN-MIGRATIONSPAKT

# Ein Rückzug

Die österreichische Bundesregierung lehnt den UN-Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration ab. Die Argumente dafür sind umstritten. In Deutschland sieht man die Entwicklungen mit Sorge.

**L**aut einer Umfrage des Nachrichtenmagazins „profil“ befürworten 49 Prozent der österreichischen Bevölkerung den Ausstieg aus dem „UN-Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“. Nur 29 Prozent der Befragten halten die Entscheidung für falsch. Doch worauf gründet sich die Ablehnung des Paktes?

Dem Ausstieg Österreichs ist keine breite öffentliche Debatte vorangegangen. Kritik wurde anfangs nur auf rechtsextremen Plattformen laut. Dort wurde etwa behauptet, der UN-Pakt beinhalte verbindliche Rechtsnormen, würde ein Menschenrecht auf Migration vorsehen und Millionen Menschen nach Österreich bringen. Diese Begründungen wurden zuerst von Vizekanzler Heinz Christian-Strache und dann zum Teil auch von Bundeskanzler Sebastian Kurz übernommen. Doch stimmen sie? Laut dem österreichischen Völkerrechtsexperten Ralph Janik handle es sich beim UN-Pakt um gar keinen Vertrag, sondern lediglich um einen „Kooperationsrahmen“. Dieser sei rechtlich nicht bindend. Auch die Entwicklung eines Gewohnheitsrechts aus der Umsetzung des Paktes sei „äußerst unrealistisch“, so Janik. Der Pakt beinhalte darüber hinaus nicht mehr Rechte für Migrantinnen und Migranten als bereits in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtecharta vorgesehen seien. Die Bedeutung des Paktes liege daher weniger in seinem konkreten Inhalt als vielmehr in der Tatsache, dass die UN-Mitglieder erstmals zusammengekommen seien, um eine Übereinkunft zu Fragen internationaler Migration zu finden, so Janik. Die Verabschiedung des Paktes bedeutet die Anerkennung, dass Migration zu den globalen Themen gehört, die „von keinem



V. Orban, S. Kurz: Nein zum UN-Migrationspakt.

Staat allein bewältigt werden können“, wie der Pakt betont. Im Jahr 2022 erfolgt in Bezug auf den UN-Pakt eine sogenannte Review Conference, bei der das Thema Migration erneut diskutiert werden soll.

Der Ausstieg der österreichischen Bundesregierung könnte einen Dominoeffekt auslösen, dem sich weitere Regierungen in Eu-

**Es entstehen keine neuen Pflichten, der Pakt stärke die internationale Ordnung, argumentiert die CDU.**

ropa anschließen. Währenddessen hat sich in Österreich auch eine Bewegung für den UN-Pakt formiert. Mehr als 180.000 Menschen haben ihn über die Plattform „aufstehen“ symbolisch unterzeichnet. Sowohl der amtierende Bundespräsident Alexander Van der Bellen als auch sein Vorgänger Heinz Fischer warnen vor einem Ansehensverlust Österreichs und streichen die wichtige Bedeutung multilateralen Dialogs und internationaler Kooperationen hervor. Auch innerhalb der Bundesregierung hat sich eine vorsichtige Pro-Stimme zu Wort gemeldet. Bildungsminister Heinz Faßmann trat im Interview mit der „Presse am Sonntag“ für eine Weiterverhandlung des

UN-Paktes ein. Dass der globale Ansatz der richtige sei, stehe für ihn außer Frage, so Faßmann, und er gab zu, dass er zusammengezuckt sei, als Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) meinte, Österreich sei kein Einwanderungsland. „Österreich ist natürlich ein Einwanderungsland. Das lässt sich, wenn man auf die empirischen Fakten blickt, nicht bestreiten“, betont Faßmann.

In Deutschland verlaufen die politischen Linien noch anders als in Österreich. Die bisherige Schwesterpartei der ÖVP, die CDU, hat auf ihrer Webseite Fragen und Antworten zum UN-Pakt online gestellt, in denen der Pakt verteidigt wird. Es würden keine neuen Pflichten durch den Pakt entstehen, seine politischen Vorgaben würden bereits jetzt erfüllt werden, er stärke die internationale, regelbasierte Ordnung und das sei im Interesse von Deutschland, da es auf internationale Zusammenarbeit angewiesen sei, so die CDU.

Darüber hinaus helfe der Pakt bei einer gerechten Lastenverteilung, da er möglichst viele Herkunfts-, Transit- und Zielländer von Migration politisch einbinde, der souveräne Staat werde nicht eingeschränkt, sondern, ganz im Gegenteil in seinen Rechten bestärkt, betonen die Konservativen in Deutschland in ihren Antworten zum UN-Pakt.

Eine weitere Antwort gab kürzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie dachte in einer Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum Gedenken an das Ende des ersten Weltkriegs laut darüber nach, ob es heute, angesichts des zunehmenden nationalistischen Populismus, noch möglich wäre, die UN-Menschenrechtscharta von 1948 zu verabschieden. Ihre Antwort lautete: „Ich fürchte nein.“ (apo)



IM PORTRÄT: BINATIONALE PAARE

# Dunja und Georg

FOTO UND TEXT: KARIN WASNER

**G**eorg und Dunja verliebten sich vor zwei Jahren auf einer Anti-Rassismus-Konferenz in Italien. Georg arbeitete zu der Zeit für den Verein ZARA, Dunja betreute Flüchtlinge in Slowenien. Dunja ist in Samara an der Wolga aufgewachsen, einer Industriestadt, die man erst seit 1994 ohne Sondergenehmigung bereisen kann. „Also nicht gerade eine internationale Ecke“, lacht Dunja. Ab 2013 studierte sie in den USA, arbeitete später in Slowenien, zurückzukommen war für die junge Frau ein Schock. „In Russland sind viele stolz auf Rassismus und Sexismus.“ Ein

Jahr lebten beide gemeinsam in Russland bis Dunja, die für eine LGBTQIQ+ NGO arbeitete, von der Polizei bedroht und wegen „Propaganda für nicht traditionellen Formen der Ehe“ angezeigt wurde. „Da war klar, dass wir in Russland nicht bleiben können“, erinnert sich Georg. „Sozialarbeit ist in Russland nichts wert, für eine NGO zu arbeiten, ist gefährlich.“ Amnesty International half Dunja mit den Behörden, im Oktober vorigen Jahres haben die beiden in Samara geheiratet. „An Putins Geburtstag!!!“ Beide erinnern sich noch gern an das spontane, ausgelassene Fest mit Freunden,

vor kurzem feierten sie ersten Hochzeitstag. Zurück in Österreich bekamen sie von Ehe ohne Grenzen Unterstützung mit den Aufenthaltsgenehmigungen. „Es ist traurig, dass eine Organisation, die sich einsetzt um Verfahren zu beschleunigen, keinerlei staatliche Unterstützung erhält.“ Zur Zeit arbeitet Georg für Integration Wien, Dunja ehrenamtlich für Frida (Young Feminist Funds). „Rassismus erleben wir zum Glück kaum, weil man es uns – im Gegensatz zu anderen binationalen Paaren - nicht sofort ansieht, dass wir nicht im selben Land geboren wurden.“

## POPULÄR GESEHEN

## Neid: Du oder ich (aber nie wir beide)

Der Neid schadet einem selbst, weil man sich das, was einem nützt, selbst versagt.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

In der Wiese des Stadtgartens steht ein Schild mit „Betreten verboten“. Österreich in den 1990er Jahren. Die Flüchtlinge aus Bosnien haben sich mit einem Esskorb und einem Tuch im Gras nieder gelassen. Die Aufregung ist groß, Beschimpfungen werden laut. Doch: Wäre es nicht für uns alle fein, im Gras zu sitzen, zu plaudern, zu trinken, zu spielen? Warum wenden wir uns nicht gemeinsam mit einer Petition an die Stadtregierung mit dem Wunsch, einen Teil des Stadtparks zur Benützung frei zu geben? So geschehen. Die Stadt hat eingelenkt. Seither spielen Kinder im Gras, Verliebte halten Hand, Familien setzen sich auf einen Plausch. Der Ärger ist wie verflogen. So funktioniert der Neid. Das Enteignete wird gegenüber einer als anders definierten Gruppe als Eigenes angesprochen. Es waren offensichtlich nicht „wir“, die das Verbot aufgestellt haben, die Wiese zu betreten. Die Wiese wird gegenüber dem Anderen als Eigentum reklamiert, aber zugleich im Verhältnis zur eigenen Person als fremd angesprochen. Das ungelebte, für unmöglich gehaltene Leben wird von den anderen gelebt und erscheint somit als möglich. Es ereignen sich zwei Dinge. Einerseits die Ausblendung des eigenen Wunsches in der Wiese zu liegen, andererseits die Unterordnung unter die Instanz, die diesen Wunsch verunmöglicht. Der Neid sagt: „Du oder ich“, aber nie: „Wir beide.“ Der Neid schadet einem selbst, weil man sich das, was einem



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

nützt, selbst versagt. Der Neid narkotisiert den eigenen Genuss. Jetzt wird Asyl als Grund für Mindestsicherungskürzungen vorgeschoben, aber es trifft Behinderte, Familien mit Kindern, pflegende Angehörige und schadet damit allen. Durch den Neid auf die Flüchtlinge vergisst man das. Diese Verblendung, dass der Neider lieber selbst auf etwas verzichtet, als es dem Beneideten zu gönnen, schadet ihm selbst und nützt den weit Mächtigeren. Er ist ein Instrument, um diejenigen, die sich eigentlich zusammenschließen könnten um ihre eigene Lebenssituation zu verbessern, zu spalten. In der Notschlafstelle in Wien beginnen sich BewohnerInnen ausziehbare Wäschetrockner zu organisieren, die sie vor ihren Zimmerfenstern montieren, um ihre Hemden draußen zu trocknen. Die Zimmer sind eng, der Platz ist begrenzt, die Luft ist knapp. Soweit so sinnvoll. Die neuen Trockner lösen aber bei den AnrainerInnen im Haus große Empörung aus. Wie schaut das aus? Im Hof? Was soll das? Die Notschlafstelle wird mit erbosten Anrufen bombardiert. Nach wenigen Tagen aber, wie von Zauberhand, wachsen aus den anderen Fenstern im Hof dieselben ausziehbaren Trocknervorrichtungen. Das ist offensichtlich keine so schlechte Idee. Finden auch die AnrainerInnen. Die Zimmer sind im gesamten billigen Altbau eher klein, so spart man Platz und hält die Feuchtigkeit draußen. Die wütenden Angriffe waren ab diesem Moment übrigens verflogen.

## SONDERECHE

## Best Practice – sicher nicht mit uns!

Beim Kinder einsperren will sich die Bundesregierung von niemandem dreinreden lassen.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT  
PHILIPP SONDEREGGER  
Illustration: Petja Dimitrova

Die Bundesregierung hat sich also aus dem UN-Migrationspakt zurückgezogen. Das stößt selbst in den Kernschichten der ÖVP sauer auf. Der Ausstieg wäre vielleicht die erste Bruchlandung von Kanzler Kurz geworden, doch auch die Opposition zum Ausstieg wirkt planlos.

Als Vorsitzland der EU-Ratspräsidentschaft war Österreich bei der Ausformulierung des Paktes federführend. Vor dem Rückzug haben wir noch eine Reihe von Verschärfungen hinein verhandelt. Das Ansehen Österreichs als verlässlicher Partner ist nach dem Abgang angeknackst. Der Schaden beträchtlich. Damit nicht genug. Ohne Not rechtfertigte die Bundesregierung den Rückzug mit der hanebüchernen Behauptung, der Migrationspakt schaffe ein verbindliches Recht auf Migration. Aber im Pakt wird die nationalstaatliche Hoheit auf dem Gebiet der Migration ausdrücklich anerkannt. Also verstieg sich die Staatsspitze in immer absurdere juristische Erklärungen.

Warum der angeblich so begabte Kanzler das stümperhafte Narrativ aufgriff, weiß Gott allein. Hätte er den Rückzug mit politischen Folgen und nicht juristisch begründet, wäre die Volte unangreifbar, ihre Motive nachvollziehbar und glaubwürdig gewesen. Klarheit haben wir nun über die türkise Absicht, noch die eine oder andere Koalitionsperiode mit den Freiheitlichen anzuhängen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Wolfgang Schüssel lässt Kurz den Junior nicht an der Hand verhungern,



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

man gönnt sich gegenseitig Tore. Türkei hält den Schuhlöffel, wenn die FPÖ den verhassten Multilateralismus torpediert. Im Gegenzug geben die Blauen nach, wenn ihr Klientel durch die Abschaffung

der Notstandshilfe enteignet wird. Nationalismus und Sozialabbau.

Nicht minder schleierhaft ist die Strategie der KritikerInnen. Anstatt die Welle zu reiten und für die Ziele des Paktes zu werben, tun auch sie so, als sei ein Beitritt zur Vereinbarung ohne Konsequenzen. In der Hoffnung, billige Punkte gegen die Regierung zu landen, bleibt deren zentraler und falscher Claim unwidersprochen – die Umsetzung des Migrationspaktes müsse verhindert werden. Das Gegenteil ist der Fall: die meisten Forderungen des Katalogs sind sinnvoll, nationaler Widerstand dagegen muss gebrochen, die nationale Souveränität eingeschränkt werden.

Das zeigen schon die Forderungen, mit der die Bundesregierung ihren Rückzug begründet. Darunter finden sich Dauerbrenner wie die Anstrengungen gegen „ethnic profiling“ – eine in liberalen Demokratien verpönte und über-

dies ineffiziente Polizeipraxis – oder die Aufklärung gegen rassistische Vorurteile. Gänzlich absurd wird das türkis-blaue Bestreben, „nationale Eigenheiten“ gegen die Einmischung von außen zu schützen, wenn die internationale Gemeinschaft die „Zurverfügungstellung von Schulressourcen“ oder die „Übernahme von Best Practice in der Integration“ anregt. Best Practice – sicher nicht mit uns!

Aber der Irrsinn ist real. Der Pakt will unter anderem die Praxis beenden, Kinder einzusperren. Wenn es auch nicht mehr Schubhaft sondern gelinderes Mittel heißt – Österreich trennt Zweijährige, wie jüngst, von ihrer Mutter und sperrt sie (mit dem Vater) ein. Als internationale Menschenrechtsbewegung werden wir auch diese unmenschliche Praxis früher oder später abstellen und viele andere sinnvolle Ziele des Migrationspaktes durchsetzen. Und zwar gegen den Willen der Nationalstaaten.

11<sup>th</sup> edition

INTERNATIONAL  
HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL

**this human  
world**

29 nov – 10 dec 2018  
vienna

[www.thishumanworld.com](http://www.thishumanworld.com)

# Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

**M**eine Mutter, Schwester und ich hatten einen schönen Kurztrip in München und sind wieder auf dem Rückweg nachhause, nach Wien. Der Münchner Flughafen erscheint mir wie eine Ministadt, unzählige Eingänge, Rolltreppen und Gates. Zum ersten Mal in meinem Leben komme ich auch mit einem Bodyscanner in Berührung. Ich kannte diese monströsen Geräte nur aus den Medien. Ich bin aufgeregt und beobachte die Leute vor mir genau, wie sich hinstellen und anstellen. Ich möchte die Prozedur schließlich schnell über mich ergehen lassen, denn wenn es etwas gibt, was ich hasse, dann sind das definitiv Kontrollen am Flughafen. Selbst wenn ich nach dem Durchgehen durch den Metalldetektor gehe, nichts piept oder aufleuchtet, werde ich beiseite genommen und von oben nach unten abgetastet. Sicherheit ist ja schön und gut, wäre vielleicht toll wenn man mich zuerst grüßen und dann aufklären würde, was jetzt vorgenommen wird, anstatt wortlos mein Kopftuch zu befingern und dann meine Fettröllchen abzuklopfen. Aber zurück zum Bodyscanner in München. Ich bin jetzt endlich dran und muss mich auf die markierte Stelle mit komisch angewinkelten Armen hinstellen. Es hat schon bei den Fluggästen vor mir lächerlich ausgesehen, ich weiß, wie lächerlich ich gerade aussehe. Ich hab's geschafft, ich bin sauber, ich werde nicht als Terroristin deklariert. Wir legen einen halben Marathon hin auf dem Weg zu unserem Gate, machen es uns auf den Sitzmöglichkeiten bequem. Ich spiele auf meinem Handy rum,



Illustration: Petja Dimitrova

versuche die Zeit bis zum Boarding zu vertreiben. Aus dem Augenwinkel heraus sehe ich drei Beamte, auf ihrem T-Shirt steht fett „Zoll“ geschrieben, die Waffe an der Hüfte. „Wär ja richtig witzig jetzt, wenn die mich kontrollieren würden, weil ich ein Kopftuch trage.“, denke ich, lache in mich hinein und widme mich wieder meinem Sudoku.

## Bayrische Mikroaggression

Plötzlich stehen zwei Gestalten vor mir, ich gucke hoch, es sind die Freunde und Helfer in Grün. „Das hast du von deiner verdammten Schwarzmalerei, Nour“, schießt es mir durch den Kopf, während der Zollbeamte, der ungefähr in meinem Alter ist, mich auf Bayrisch anspricht. „Ja, Grüß Gott, Passkontrolle bitte.“ Ich reiche ihm wortlos den Pass, versuche zu verstehen, was hier grade los ist. Er fragt mich, von wo ich komme. Timbuktu wird's nicht sein, wenn auf dem roten Pass der Adler zu sehen ist, will ich am liebsten antworten. Ich bleibe zivilisiert und antworte „Österreich“. Er fragt er-

neut, von wo ich komme, diesmal antworte ich etwas genervter: Wien, in München gewesen, wieder Wien. Durch all die Security-Checks durchgegangen, um am Gate wieder kontrolliert zu werden? Diesen Menschen möchte ich gerne kennenlernen, der sich an all den Kontrollen durchschmuggeln kann, um an irgendeinem Gate zu chillen. Mister Zoll reicht mir meinen Pass wieder und geht. Kein Danke, kein auf Wiedersehen. Ich verstehe jetzt, warum der Rest von Deutschland Bayern nicht mehr haben möchte. Einen Augenblick später sucht er sich seine nächsten Opfer aus, eine Gruppe jugendlicher Touristen aus dem asiatischen Raum, welche ihn aber nicht verstehen können. Er nimmt sie mit, um sie abseits in einem Kontrollraum zu befragen oder was auch immer. Ich bin noch immer geschockt, Mama und meine Schwester ebenso. Von allen anwesenden Fluggästen wurden genau die „zufällig“ kontrolliert, die nicht dem Ideal der Mehrheitsgesellschaft entsprachen. Das regt mich noch während des Fluges auf. Sogar jetzt beim Tippen dieser Zeilen brodelt es in mir. Weil ich in dieser Situation damals zu perplex war, um diese Mikroaggression seitens des Beamten zu erkennen, nachzufragen, warum ich kontrolliert werde, warum die Asiaten kontrolliert wurden. Kontrollen sind legitim, aber wenn sie auf optischen Merkmalen basieren und keinem tatsächlichen Tatbestand, dann ist das alles andere als berechtigt. Sowa nennt sich dann Racial Profiling. Abgesehen davon ist München ganz schön. Wie Wien. Schöne Städte, mit einigen gewöhnungsbedürftigen Menschen.

# Empowerment durch Kulinarik

Frauen die langjährig mit dem Haushalt beschäftigt waren, sehen nun einen unbürokratischen Weg beruflich wieder einzusteigen: beim Cateringservice „Mumm’s“.

NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

**A**uthentisches Essen für ein breites Publikum und zugleich Menschen eine berufliche Perspektive geben: Das ist „Mumm’s“, ein Projekt, bei dem Mütter oder Hausfrauen, die gute Köchinnen sind, auf Bestellung für Büros oder Events kochen. Initiiert wurde „Mumm’s“ vom „Verein zur Unterstützung multikultureller Frauen“. Das Konzept funktioniert so: Man wählt online, welche Küche oder bestimmte Speisen man bevorzugt, danach kaufen die Mütter die nötigen Zutaten und machen sich ans Kochen. Beim Einkauf wird nicht nur auf Regionalität und Bioprodukte gesetzt, sondern beim Ausliefern auch auf die Umwelt geachtet: das Essen wird in den Kochtöpfen geliefert, in denen es zubereitet wurde. Der Kopf hinter diesem inkludierenden Bio- und Zerowaste-Cateringservice ist Rami Ali. Der Politikwissenschaftler ist in der Forschung, der Erwachsenenbildung und der Radikalisierungsprävention tätig und betreibt „Mumm’s“ nebenbei. Motiviert hat Ali die Geschichte seiner eigenen Mutter, die jahrelang erfolglos eine Anstellung gesucht hatte. „Es sollte etwas sein, das all diesen unterschiedlichen Frauen eine Möglichkeit gibt, finanziell unabhängig zu werden“, erzählt Ali. Schließlich hätten diese Frauen meist jahrzehntelang Hausarbeit geleistet – unbezahlt. Die meisten haben sich in dieser Arbeit ausgezeichnet, weswegen die Idee für „Mumm’s“ entstand. „Ich liebe es zu kochen und freue mich immer sehr, wenn andere mein Essen mögen“, sagt Hanan, eine der Mumm’s-Köchinnen, und



Rami Ali: Gründer des Bio- und Zerowaste-Cateringservice „Mumm’s“.

lacht: „Ich koche schon seit vielen Jahren für meine Familie und Freunde, aber die zahlen nicht.“ Ali erinnert sich, dass seine Freundinnen und Freunde immer wieder darüber diskutiert haben, welche Mutter denn am besten koche. „Deswegen wäre es schade, wenn all das fantastische Essen unprobiert bleibt“, sagt der 25-Jährige. Mittlerweile gibt es neben der arabischen Küche in all ihren Facetten wie Syrisch oder Ägyptisch auch Mütter, die Kulinarik aus der Türkei, aus Bangladesch oder Sri Lanka anbieten.

## Großlücke im Arbeitsmarkt

„Mumm’s“ setzt genau dort an, wo die Lücke im Arbeitsmarkt liegt. Eine der vielen marginalisierten Gruppen am Arbeitsmarkt sind immer noch Frauen um die 50 mit multikulturellem Background und keinen handfesten Deutschkenntnissen. Diesen Frauen bleibt meist nichts anderes übrig als im Facility-Management tätig zu sein, als Putzfrau. Für Mütter, die in diesem Alter gerne nochmals oder erstmals beruf-

lich einsteigen möchten, ist es aber unrealistisch, einen neuen Beruf zu erlernen. „Mumm’s“ soll Frauen ermöglichen, zu arbeiten, und das auch mit ihrem Alltag vereinbaren zu können. Fatheya, eine der Köchinnen, erzählt: „Mein Mann arbeitet jede Woche fast 50 Stunden. Um ihn zu unterstützen, habe ich lange einen Job gesucht, der mit den Schulzeiten unserer Kinder vereinbar ist – das war schwierig, auch weil mein Deutsch nicht so gut ist. Jetzt habe ich das gefunden und freue mich schon auf viele, die von meinem Essen kosten.“ Wichtiger Nebeneffekt des Projekts: den Müttern soll auch mehr finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht werden. „Man kennt das einfach aus multikulturellen Communities, dass eine gewisse Abhängigkeit vom Mann da ist.“, erklärt Initiator Rami Ali. In der Gastronomie haben diese Frauen wenige Chancen, Kochen und Ausliefern ist immer noch eine prekär bezahlte Arbeit. Bei „Mumm’s“ möchte man den Frauen mehr bezahlen als in der Branche üblich. Die Lieferanten sind männlich, zumeist sind es die Söhne der Köchinnen, die ausliefern – ehrenamtlich. Wenn Ali an die Zukunft denkt, dann wünscht er sich, dass das Projekt sich so entwickelt, dass nicht nur Großbestellungen, sondern auch Einzellieferungen möglich werden. An den Ideen scheitert es bisher nicht, Hürden im Moment seien auf jeden Fall fehlende Ressourcen. „Und in Hinblick auf Empowerment und Sicherheit möchte ich, dass Mütter mit Mumm’s einen längerfristigen Arbeitsplatz haben“, sagt der 25-jährige Wiener.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Die potente Frau / Feminismus sagt man nicht

Es geht offenbar nichts über ein hübsches, junges Gesicht, am besten am Buchcover. Wenn das bei einem Buch über Feminismus eingesetzt wird (um bessere Verkaufszahlen zu erreichen?), macht das zumindest stutzig. Vieles was die Journalistin Hanna Herbst in ihrem Buch schreibt, besonders im Kapitel „Schlachtfeld Körper“, wird durch diese Aufmachung unglaubwürdig. Was - wie der Verlag betont - Stärke vermitteln soll, ist ziemlich Mainstream: Herbst präsentiert sich makellos, ganz den gängigen Schönheitsnormen entsprechend. Die Autorin will ganz offensichtlich zuallererst über ihr Aussehen wahrgenommen werden, auch wenn sie kritisiert, dass Frauen darauf reduziert werden. Das Layout des Buches ist erfrischend anders, doch wurde v.a. auf Verpackung und Marketing gesetzt. Denn auch wenn die einzelnen Kapitel thematisch viel mehr bieten als nur die MeToo-Debatte, darf am Inhalt noch gearbeitet werden, viele neue Gedanken finden sich hier nicht. Viele



Textpassagen spiegeln stattdessen leider den von sozialen Medien gewohnten Selbstdarstellungs- und Offenbarungskult.

Vielleicht sollte Herbst das Buch der deutschen Philosophin Svenja Flaßpöhler lesen. In ihrem Band „Die potente Frau“ bringt sie klipp und klar ihre Gedanken zur MeToo-Debatte auf den Punkt. Sie kritisiert, dass der „Hashtag-Feminismus“ trotz emanzipatorischen Willens patriarchale Denkmuster blindlings wiederhole und damit eben jene Wirklichkeit festschreibe, die er beklagt: Gegen sexuelle Belästigung sind Frauen letztlich machtlos, wenn kein gesetzlicher Schutz gegeben ist. Problematisch sei, dass MeToo nicht differenziere, sondern unter dem Begriff sexualisierte Gewalt Situationen wie Vergewaltigung und Nötigung, in denen Frauen keine Handlungsoptionen haben, ebenso subsumiert werden wie verbale Belästigungen. Die sind zwar unangenehm, bieten Frauen aber sehr wohl Handlungsmöglichkeiten.

Zudem schreibe die Debatte patriarchales Denken fest, indem nur männliches Begehren omnipräsent sei, gegen das Frauen sich wehren müssten, während weibliches Begehren passiv bzw. nicht existent sei. Kulturhistorisch sei das eine alte Denkweise, und erinnert etwa an Sigmund Freud.

Herbst schreibt, dass es nicht jeder Frau möglich sei, sich zu wehren. Nicht jede Frau könne die Folgen ihres Neins tragen, weil sie etwa auf den Job angewiesen sei. Auch Flaßpöhler äußert sich zu dieser Frage, und meint, dass mit dieser Haltung der Begriff der Autonomie ad absurdum geführt würde. Autonomie zeichne sich gerade dadurch aus, dass man Widerstände in Kauf nehme, dass man Hindernisse überwinde, dass man tatsächlich auch Risiken eingehen. Es sei noch nie einfach gewesen, Autonomie nicht nur zu fordern, sondern auch konkret zu leben. Dahingehend seien auch Frauen gefordert.

Zentrale Aussage von Flaßpöhlers Buch ist, dass das Nein der Frauen gestärkt werden müsse. Genauso wichtig sei es dabei, sie in eine aktive, offensive Sexualität zu bringen und Autonomie auch in anderen Lebensbereichen zu erwirken. Bisher erschöpfe sich die Debatte in Forderungen an den Mann, an den Staat. Der Diskurs sei verhärtert, auch deshalb, weil die Kommunikation ausschließlich über die Öffentlichkeit laufe. Flaßpöhler ruft Betroffene zum Handeln in der jeweiligen Situation auf, statt später einen Tweet abzusetzen. Das beurteilt

sie als Rhetorik der reinen Anklage. Auch Flaßpöhler weiß, das Handeln nicht in jeder Situation möglich ist, etwa im Fall von brutaler Gewalt, oder aus strukturellen Gründen, etwa, dass mehr Männer in Machtpositionen sitzen. Dabei kritisiert sie aber, dass oft die Frage ausgeblendet werde, „was Frauen zur Festigung der männlichen Macht, die immerhin keineswegs mehr rechtlich legitimiert ist, selbst beitragen.“ Und die Autorin zweifelt auch daran, ob sexuelle Belästigung wirklich das zentrale Problem für Frauen in der Gesellschaft ist und fragt sich, ob man sich mit derselben Intensität auch ungleichen Löhnen widmen würde – um einzugestehen, dass ein Hashtag „fürgeschlechtergerechtegehälter“ wohl nicht dieselbe Reichweite erreichen würde und für Medien weniger sexy wären als Berichte von Frauen, die „detailgenau schildern, wie sie von mächtigen Männern in Hotelzimmern belästigt oder genötigt wurden.“ Flaßpöhler sorgt jedenfalls für interessante Zwischenrufe in einem Empörungsetöse und zeigt, dass es bei dem Thema nicht nur um rechtliche Verschärfungen gehen kann. (eba)

Svenja Flaßpöhler  
**Die potente Frau. Für eine neue Weiblichkeit**  
 Ullstein Verlag 2018  
 48 Seiten, 8 Euro

Hanna Herbst  
**Feministin sagt man nicht**  
 Brandstätter Verlag 2018  
 136 Seiten, 20 Euro

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Ende des Neoliberalismus

Stephan Schulmeister ist ein angenehmer, geduldiger Gesprächspartner, er hatte in diesem Magazin auch einmal an einem Streitgespräch teilgenommen. Schulmeister ist einer der bekanntesten Ökono-

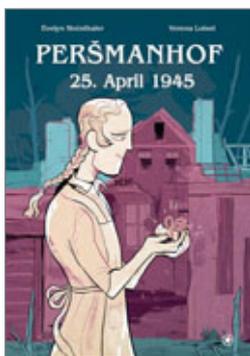
men dieses Landes und war 40 Jahre lang Mitarbeiter am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO). Geht es um den Neoliberalismus und seine Auswirkungen, erweist er sich aber als unerbittlicher Verfechter eines anderen Weges. So steht auch auf der Rückseite dieses Buches in großen Buchstaben zu lesen: „Am Ende einer Sackgasse muss man neue Wege suchen.“ Im Gegensatz zu vielen anderen Büchern, die eine Kritik der ökonomischen Verhältnisse liefern, wählt Schulmeister einen breiteren Ansatz: Er beschreibt in glasklaren Sätzen, die sich zeitweise auch apodiktisch lesen, wie Ökonomie und Gesellschaft zusammenhängen. „Ethik und Moral“ hätten in dieser Weltanschauung keinen Platz. Das Primat des Marktes

sei unvereinbar mit Demokratie. Und die neoliberalen „Therapien“ für die Krisenhaftigkeit unserer Zeit würden die „Krankheiten“ Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Staatsverschuldung, soziale Unsicherheit und Armut nur verschlimmern. Gleich 20 solcher Thesen hat Schulmeister seinem Buch vorangestellt, und die Art, wie er sie auf den folgenden Seiten ausführen und belegen wird, lassen die Expertise des Autors erkennen. Nicht, weil sie sich so kompliziert lesen, sondern so verständlich und nachvollziehbar. Dass Schulmeister kein Freund des Finanzkapitalismus ist, sondern die Realwirtschaft – und damit verbunden eine Ökonomie, die auf einem Sozialmodell basiert – wieder stärken will, ist eines der gewich-

tigsten Argumente, dieses Buch zu lesen. Auch wenn Schulmeister viele seiner LeserInnen wahrscheinlich nicht von den Schattenseiten des Neoliberalismus überzeugen muss, stellt man doch fest, dass in der Literatur eher selten ökonomische, politische, soziale und teils auch ökologische Aspekte so gründlich und fordernd vorgedacht werden wie in dieser Publikation. Theorie verbunden mit Empathie, in der über die systemischen Betrachtungen der Mensch nie vergessen wird. Unbedingt lesenswert. (red)

Stephan Schulmeister  
**Der Weg zur Prosperität**  
 Ecowin Verlag 2018  
 480 Seiten, 28 Euro

## GRAPHIC NOVEL



### Am Peršmanhof 1945

Erinnerungen an eine Nacht, die nicht vergessen werden kann. Gedanken an die eigene Familie, die durch Mitglieder des SS- und Polizeiregiments ermordet wurde. Kärntner Slo-

wenInnen, PartisanInnen, NS-Diktatur. In der Graphic Novel von Evelyn Steinhaller und Verena Loisel werden die Geschehnisse vom 25. April 1945 am Peršmanhof illustriert. Nur wenige Tage, bevor die Gegend von den Alliierten befreit wurde, fand auf diesem Bauernhof eines der letzten Verbrechen der NS-Regierung an der Bevölkerung in Kärnten statt. Elf Personen starben, drei überlebten – eine davon ist Ana Sadvnik, die noch heute auf dem Peršmanhof – heute ein Museum – lebt und sich als alte Frau an die Verbrechen jener Tage erinnert.

Bereits im Prolog wird man von der Autorin in die damalige Zeit zurückversetzt – beim

Lesen taucht man tief ein und fühlt mit den dargestellten Personen mit. Der Peršmanhof und seine Umgebung waren damals wichtig für den Widerstand und die PartisanInnen, die am Hof ein und aus gingen. Als nach einem Viehdiebstahl Mitglieder des SS- und Polizeiregiments den Peršmanhof stürmten, mussten die überraschten Partisanen in den angrenzenden Wald flüchten. Jene zwei Familien, die den Hof bewohnten, versteckten sich. Nach einem längeren Gefecht zog sich das SS- und Polizeiregiment zurück. Sie beratschlagten in einem nahegelegenen Bauernhof über die weitere Vorgehensweise und kamen dann zurück, um die Habselig-

keiten der Familien und Partisanen zu rauben. Dann wurde der Schießbefehl zur Ermordung der Familien erteilt und Freiwillige setzten die Exekution um, den Hof zündeten sie nachher an. Nur drei Kinder, gelang es, sich zu verstecken und in den Wald zu flüchten. Eine Geschichte, „die erzählt werden muss“. Eine Geschichte, die unbedingt gelesen werden muss. Sie lässt einen beim Lesen nicht kalt. (Stefanie Humer)

Evelyn Steinhaller, Verena Loisel  
**Peršmanhof. 25. April 1945**  
 Bahoe Books, 2018

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Viktor hilft

„Ich habe nur ein einziges Mal mit ihr geschlafen“, erzählte Viktor, während er Kerstin umarmte. Anastasia kratzte draußen an der Tür und miaute empört, aber es gab Zeiten, in denen das Schlafzimmer für sie tabu war. (...) „Danach habe ich

sie nur noch zweimal getroffen.“ „Warum?“, fragte Kerstin. „Einmal gingen wir tatsächlich in eines jener Gasthäuser an der Alten Donau, die sie so mochte. Sie freute sich sehr darüber, die vielen Gelsen ebenfalls.“ „Du meinst Mücken, nicht wahr?“ „Nimm diesen Insekten bitte nicht ihre regionale Identität!“ – Etwas später in diesem jüngsten Buch von Vladimir Vertlib tritt die Titelfigur Viktor andernorts in Aktion. Das liest sich so: „We have no free beds!“, sagte der Iraner mit scharfer Stimme und warf den Zigarettenstummel auf den Boden. „It’s full!“ – „Oh, come on!“, protestierte Viktor. „Are you kidding?“ – „No free beds. Full!“, wiederholte der Iraner... – Vladimir Vertlib ist ein Erzähler, der es fabelhaft ver-

steht, verschiedene Gattungen zu überkreuzen. Schattenhaftes Beziehungsdrama; politische Betrachtung; Anklänge einer feinen, satirischen Humoreske; Splitter einer Autobiographie. Mühelos leitet Vertlib einen durch ein Leben, das nach und nach in Momentaufnahmen aufgerollt wird. Vertlibs Protagonist Viktor arbeitet in einem mittelständischen Betrieb und nebenbei als Flüchtlingshelfer. Seine Vergangenheit kehrt in Gestalt einer Frau namens Gudrun zurück, die ihre Tochter sucht, die angeblich auch die von Viktor ist. Die Dinge verkomplizieren sich, weil die Tochter bei einer Frau untergekommen sein soll, die eine rechte Online-Zeitschrift namens Weiberpower betreibt, die früher einmal links und fe-

ministisch war und nun rechtsradikal mit AfD-Nähe. „Viktor hilft“ führt einen in ein Biotop, das von erstaunlichen Figuren bevölkert ist und schafft es dabei stets, gesellschaftliche Bezüge nicht beliebig werden zu lassen. Dazu greift Vertlib auch auf die „Flüchtlingskrise“ von 2015 zurück und versteht es, das Narrativ darüber für seine Geschichte aufzuspalten und produktiv zu machen. Die Kunst von „Viktor hilft“ ist, sich nicht von den großen politischen Themen lenken zu lassen, sondern scheinbar ungefiltert aus dem Leben zu erzählen. (red)

Vladimir Vertlib  
**Viktor hilft**  
 Deuticke Verlag, 2018  
 288 Seiten, 23,70 Euro

## BUCH



### Cyberwar

Dort, wo die wenigsten Fakten verfügbar sind, ist es wohl am schwersten, sachlich zu bleiben. Ein Buch über Cyberwar, über die Gefahren im Netz, über Geheimdienste und Hacker-An-

griffe auf hochsensible Unternehmensnetzwerke ist für sich schon eine Einladung, Spekulationen wuchern zu lassen. Anders Constanze Kurz und Frank Rieger, die eine im Tonfall ausgesprochen sachliche, akribisch und systematisch angelegte Publikation vorlegen. Sie beschreiben eine Welt, die sich aufgrund ihrer Vorgänge und des ihr eigenen Vokabulars immer wieder recht fremd anfühlt. Während das Internet in den vergangenen Jahren auf vielfache Weise theoretisiert wurde, geht es hier um ein Segment, das weniger oft in der Literatur bearbeitet wird. Dabei ist die Frage der eigenen Verwundbarkeit durchaus naheliegend. Es sind „die Russen“, die in den vergangenen Jahren

immer wieder in die Medien gerieten. Wenn es um Wahlbeeinflussung durch computergenerierte Massenpostings ging, um Virenangriffe, um Spionage. Kurz/Rieger, versuchen einen Blick hinter diese Kulisse zu werfen und zu erklären, welche staatlichen oder vom Staat tolerierten Gruppierungen dafür zuständig sind und wie die Ressourcen der russischen Geheimdienste in diesem Bereich sind. Das liest sich durchwegs spannend, und lässt Meldungen in den Medien etwas weniger nebulos erscheinen. Die AutorInnen versuchen aber immer, auch die politische Perspektive solcher Erzählungen zu berücksichtigen und gehen auch auf Aktivitäten Chinas und der

USA ein. Sie ordnen dabei die unterschiedlichen Interessen der Großmächte, die sich von Industriespionage bis zu Destabilisierung unterscheiden. Seit Edward Snowden, der wertvolle Einblicke in die US-Geheimdienste NSA und CIA und ihr britisches Pendant GCHQ ermöglichte, ist über westliche Geheimdienste wesentlich mehr an Wissen vorhanden als über russische. „Cyberwar“ ist ein erhellendes Buch über die dunklen Aktivitäten im Netz und die Schwierigkeiten, sie zu orten. (red)

Constanze Kurz, Frank Rieger  
**Cyberwar – Die Gefahr aus dem Netz**  
 C. Bertelsmann Verlag, 2018  
 288 Seiten, 20,60 Euro

# POPULÄRKULTUR

## FILM

### Stix

Mit schöner Präzision folgt die Kamera zu Beginn zwei Berberaffen, die geschmeidig Beton- und Zäune überwinden und die Stadt erkunden. Affen in der Stadt? Auch wenn „Styx“ seinen Ausgang von der britischen Exklave Gibraltar nimmt, darf dieses Intro als Vorwarnung für Kommendes verstanden werden. Eine Art Kollision kündigt sich an, die sich kurz darauf in einem Autounfall manifestiert. Rike (Susanne Wolf) ist Notärztin und wird mit der gleichen entschiedenen Genauigkeit am Unfallort tätig, wie sie das kurze Zeit später auf ihrer Segelyacht tut. Sie macht sich auf, um im Südatlantik eine Insel zu bereisen, auf der einst Darwin einen künstlichen Urwald ge-



pflanzt hatte. Auf ihrer Route wird sie schließlich auf ein havariertes Schiff stoßen, auf dem Geflüchtete aus Afrika in eine Notlage geraten sind. Die Frage, die der Film stellt, ist keine einfache: Wie reagiert man in so einer Situation? „Styx“ von Wolfgang Fischer ist eine Arbeit wie für das Kino geschaffen. Fischer erliegt keiner Verlockung, seine reduzierte Handlung durch Sensationen aufzufetten und schafft dennoch ein geradezu

haptisches Erleben. Auch wenn man sich nicht zufällig an „All is Lost“ mit Robert Redford erinnert fühlt, ist „Styx“ zwar hochkonzentriertes Kino, aber nicht als Katastrophenfilm konzipiert. Fischer versteht es, die Weite des Raumes – das Meer wirkt unheimlich genug, wenn Rike ihr Boot zum Schwimmen verlässt – und die beeindruckende Sicherheit der Handgriffe dieser Seglerin zu verbinden. Susanne Wolf hat großen Anteil an

der Wirkung dieses Films. Würde man ein Klischee bedienen, könnte man sagen, hier ist deutsche Gründlichkeit am Werk, die auch vor aufziehenden Stürmen nicht kapituliert. Die Justierung der Geräte, das Anlegen der Sturmkleidung, das Verstauen des Geschirrs, nichts scheint in diesen Bildern dem Zufall überlassen. Mit dem Auftauchen der Flüchtlinge ist das plötzlich anders, alles gerät aus dem Lot. Und die Allegorie des High-Tech-Bootes plus der Athletik dieser Frau auf der einen Seite und der augenscheinlichen Not der auf dem Kahn treibenden Menschen auf der anderen Seite wird als Verweis auf das Kräfteverhältnis zwischen Europa und Afrika noch einmal deutlich. Ab 23. November in den Kinos. (gun)

## FILM

### Joy

Prostitution, Frauenhandel... Regisseurin Sudabeh Mortezaei hat nach ihrem ersten Spielfilm „Macondo“ kein einfaches Terrain für ihren nächsten Film gewählt. „Joy“ taucht ein in eine Gruppe nigerianischer Frauen, die in Österreich als Prostituierte arbeiten und von einer „Madame“ kontrolliert werden. Jüngster Zugang ist die junge, verloren wirkende Precious, um die sich die erfahrene Joy ein wenig kümmert. Was an „Joy“ gleich auffällt, ist die Perspektive des Films. Während Sexarbeit nicht selten Anlass für spekulative Inszenierungen bietet, treibt „Joy“ das Geschehen ganz aus der Sicht



der beiden Frauen voran. Damit erklärt sich auch, wie es gelingt, die Härten einiger Szenen spürbar zu machen, ohne sie auf explizite oder exploitative Weise zu inszenieren. In einem Europa, das man selten so nachtschwarz erlebt hat wie hier, baut sich im Lauf der Ereignisse zunehmend ein Kontrast auf:

zwischen den völlig überzogen wirkenden Erwartungen der nigerianischen Angehörigen und jenen, die es bis in das gelobte Europa geschafft haben. Ein Dilemma, dem schwer zu entkommen ist. Dem Alltag von Joy und Precious folgt Mortezaei mit einem dringlichen Bezug zur Realität und stößt dabei im-

mer neue Türen auf. So erklärt sich etwa die Frage, warum die Frauen gegen ihre Ausbeutung nicht revoltieren, einerseits durch die repressiven Verhältnisse – sie alle sind illegal in Österreich –, andererseits aber auch durch eine schwere Last, die sie aus Afrika mitgenommen haben. In einer bizarren Szene zu Beginn des Films ist ein Juju-Priester zu sehen, der in einem Ritual, das an Voodoo erinnert, Fingernägel oder Haare einer Person als Pfand entgegennimmt, bis man seine finanzielle Schuld beglichen hat. Der Priester ist Schutz und Fluch zugleich, und die Frauen in Europa glauben fest an seine Kraft. „Joy“ startet am 18. Jänner in den Kinos. (gun)

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Ich und die Anderen

„Wir leben in einer pluralisierten Gesellschaft. Das ist nicht nur ein relativ neues Faktum. Das ist auch ein unhintergebares Faktum: Es gibt keinen Weg zurück in eine nicht-pluralisierte, in eine homogene Gesellschaft. Das ist eine einfache

Feststellung.“ So beginnt Isolde Charim ihr Buch „Ich und die Anderen“ und beschreibt dabei indirekt auch, auf welcher ungeheuren Weise sich die Welt innerhalb einer Generation verändert hat. Der Blick auf das, was Selbstverständlich ist, fällt oft besonders schwer. Charims selbstgestellte Aufgabe ist es nun, zu ergründen, was die pluralisierte Gesellschaft eigentlich ist? Sie kommt auf den Begriff der Nation zu sprechen, der mehr vom Anspruch auf Homogenität erzählt als von deren Verwirklichung. Ausgehend von dieser immerhin „funktionsfähigen Fiktion“ der Nation tastet sich Charim an Begriffen wie Identität und Demokratie entlang, um Prozesse der gesellschaftlichen Individualisierung innerhalb politischer Konstruk-

te nachvollziehbar zu machen. Schon allein dieser Teil liest sich ebenso anregend wie er in seinen Gedanken verständlich erklärt ist. In der Folge skizziert die Autorin die Grundzüge der Pluralisierung der Gesellschaft auf drei Feldern: dem religiösen, dem politischen und dem kulturellen. Dabei bleibt sie so anschaulich wie möglich. Etwa das Beispiel der US-amerikanischen Scheune. Durch diese mussten Neuankömmlinge in einem Ritual gehen, um auf der anderen Seite als Amerikaner herauszukommen. In der Scheune hatten sie ihre Trachten abgelegt. Diese Scheune gibt es auch heute noch, so Charim, und zwar in unseren Köpfen, wo sie unsere Vorstellung von Migration prägt. Das funktioniert so, dass gesellschaftliche Vielfalt

eine Ansammlung unterschiedlicher Kulturen und Religionen sei. Eine Art additive Logik, nach der immer jemand Neuer dazu stößt. Einer der Grundgedanken von „Ich und die Anderen“ betrifft nun aber genau das Verhältnis der Individuen innerhalb einer Gesellschaft. Diese besteht nicht aus der Ko-Existenz autonomer Teile, sondern in einer in alle Richtungen verändernden Kraft, durch die sich in der Pluralisierung eben *alle* verändern. Eine erhellende Lektüre, für Anhänger rechter Identitätspolitik so etwas wie ein verstörender Faktencheck. (red)

Isolde Charim  
**Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert**  
 Zsolnay Verlag, 2018  
 224 Seiten, 22,70 Euro

## FILM

### Angelo

Als sich der „Hofmohr“ Angelo gelehrig zeigt, äußert sich die Comtesse (Alba Rohrwacher) über ihn wie über ein Kunstwerk: „Ich glaube, jetzt bist du perfekt.“ Als Kind bekam er auch den Stock zu spüren. Da hieß es: „Auch Engel können fallen.“ Markus Schleinzer's Historienfilm „Angelo“ skizziert das Leben des aus Nigeria verschleppten Kindes, das in Europa mehrfach „verschenkt“ wurde und schließlich in Wien in der Zeit von Maria Theresia aufwuchs. Der Film teilt das Leben Angelos in drei Akte: Als Kind, als Mann, als Greis. Auf Augenhöhe begegnet man ihm in diesem Film nie. Schlein-



zer versteht sich darauf, in seinen Bildkompositionen die Andersartigkeit seines Protagonisten aus Sicht der Wiener Gesellschaft herauszustreichen. Mal sieht man Angelo in glänzender Robe auf einem Podest rezitierend, dann auf einer Bühne, oder in ein purpurrotes Gewand gesteckt, wie er hinter

seiner Majestät durch den Wald streift. Angelo ist exponiert, er steht vor oder hinter jemanden, aber wird nie Teil seiner Umgebung. Der Blick ruht auf ihm, mal wohlwollend, mal misstrauisch, mal anerkennend, aber es ist nie ein Blick auf Augenhöhe. Damit streift dieser Film ganz nebenbei die stets virulen-

te Frage über den Umgang mit Minderheiten, der immer auch etwas über die Mehrheitsgesellschaft selbst aussagt. So auch hier: Angelo Soliman war laut Wikipedia ein Kammerdiener, Prinzenerzieher und Freimaurer. Er erlangte im Wien des 18. Jahrhunderts zu Lebzeiten Berühmtheit. Nach seinem Tod präparierte man seinen Körper und stellte ihn aus. Im Film lässt sich das Leben Angelos demgemäß als Prozess nachvollziehen: erst die Menschwerdung, die wohlwollende Duldung in der Wiener Gesellschaft, und nach seinem Tod die Rückstufung auf den Status des edlen Wilden. Barock-Geschichte einmal anders. Kinostart: 9. November (gun)

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Der gute Deutsche

Die-Zeit-Herausgeber Josef Joffe schreibt eine Geschichte der deutschen Bundesrepublik und vergleicht diese durchaus originell mit einem Bildungsroman, in dem am Ende die Läuterung des Helden steht. Joffe: „Das vorliegende Buch ist offenkundig

kein Bildungsroman, aber die Karriere der Zweiten Deutschen Republik liest sich wie einer. Denn der Held durchläuft all die klassischen Stadien des Entwicklungsromans – und mehr: Ungemach und Unglück, das Leben mit der geerbten Schuld, die Vormundschaft der gestrenge Besatzer, der Wille zur Besserung, die Versuchungen der Neutralität zwischen Ost und West, die mörderischen Krisen des Kalten Krieges. Über allem schwebte die zentrale Frage (...) Wer bin ich, wer will ich sein – neudeutsch: Was ist meine Identität?“ Die Antwort findet Joffe in einem Staat, den er eine „moralische Supermacht“ nennt. Als wäre es der soll es nun aber Schluss sein, so Joffe, der dafür plädiert, den „moralisierenden Gestus“ aufzugeben und sich

seiner Verantwortung zu stellen. Wie gewohnt rhetorisch brillant, von einem bildungsbürgerlichen Verständnis getragen, trägt Joffe mit vielen markanten Details eine Erfolgsgeschichte Deutschlands zusammen, die sich wie ein Gegenentwurf zu den oft pessimistisch anmutenden Bestandsaufnahmen solcher gesellschaftlicher Entwicklungen ausnehmen. Und tatsächlich vermag der Autor dieser Coming-of-Age-Geschichte von der Überwindung des Dritten Reiches bis zur Herausbildung eines vorbildhaften Rechtsstaates, vom Wirtschaftswunder bis zur Friedensmacht, von der gelungenen Wiedervereinigung und einer neuen Israel-Politik eine ganze Reihe an Glanzlichtern zu nennen. Deutschland analog zu einem Bildungsroman

zu setzen hat zweifellos seinen Reiz. Das bedeutet aber auch, Ereignisse einem bestimmten Narrativ unterzuordnen, also so zu gewichten und zu bewerten, dass sie die große Erzählung nicht wesentlich stören. Der intellektuellen Lust steht dabei die bewusste Reduktion konterkarrierender Elemente gegenüber. Etwa wenn es darum geht, das nun moralisch gereifte Deutschland mit dem aufkommenden Rechtspopulismus der AfD abzuwägen. Joffes Vertrauen in die moralische Supermacht scheint auch in diesem Punkt ungebrochen. (red)

Josef Joffe

**Der gute Deutsche. Die Karriere einer moralischen Supermacht**  
C. Bertelsmann Verlag, 2018  
256 Seiten, 20 Euro

## BUCH



### No More Bullshit

Nicht nur an Frauen gerichtet, setzt sich dieses Handbuch, das vom Frauennetzwerk Sorority herausgegeben wurde, mit sexistischen Halbwahrheiten und Stammtischparolen auseinander

und zeigt dabei auf, wie festgefahrene Argumente und Einstellungen sein können. Entstanden durch die Veranstaltungsreihe „no more bullshit!“, bei der hartnäckige Vorurteile zusammengetragen und diskutiert wurden, soll dieses Handbuch zur Sensibilisierung von Sexismus beitragen. Dabei wird mit unterschiedlichen Beiträgen von Sorority-Mitgliedern aus Wissenschaft, Kunst usw. ein weitreichendes Bild gezeichnet. Es bietet Tipps und Argumente im Fall von Gender Pay Gaps, fehlenden Einladungen von Frauen zu Podiumsdiskussionen, oder wie man am besten gegen das Bild von karrieregeilen Rabenmüttern angeht. Ausgangspunkt der Publika-

tion ist das Faktum, dass Sexismus alltäglich geworden ist. Der erste Teil setzt den Fokus auf Tipps, Ratschläge und Strategien, um erfolgreich damit umgehen und in Diskussionen reagieren zu können. Im zweiten Teil werden unterschiedliche Mythen aufgelistet und diesen Fakten und Hintergrundinformationen gegenübergestellt. Im abschließenden dritten Teil folgt ein Resümee. Als Autorinnen konnten Vertreterinnen aus den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst gewonnen werden, darunter Stefanie Sargnagel in gewohnt gewitzter Manier oder die Rapperin Lady Bitch Ray, die sowohl mit einer Kritik am frauenfeindlichen akademi-

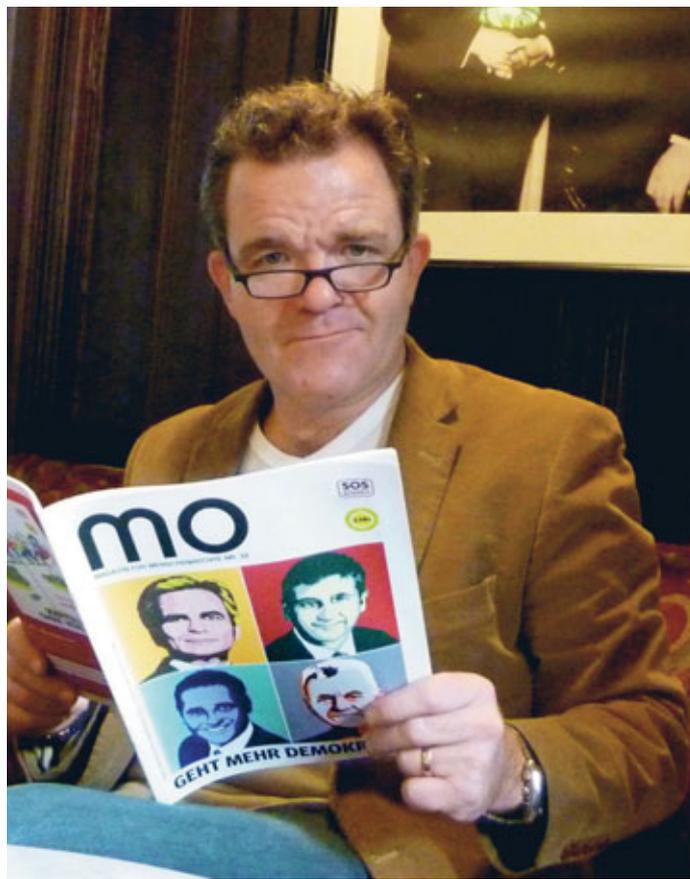
schen Betrieb wie auch am Begriff des Feminismus aufwartet. Ein dynamisches und junges Buch, das Frauen ermutigt, für ihre Rechte einzutreten und für sich als Person zu kämpfen. Bullshit destroyed, garantiert! (Stefanie Humer)

Sorority

**No More Bullshit**  
Kremayr & Scheriau, 2018

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechtsthemen  
im MO-Magazin von SOS  
Mitmensch 86 Euro im  
Jahr wert. Ihnen auch?“**

***Cornelius Obonya***



#### ABO-BESTELLUNG

**MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**

# SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

## SOZIALES

### Mindestsicherung und Notstandshilfe in Gefahr

SOS Mitmensch kämpft gemeinsam mit vielen UnterstützerInnen gegen die Kürzung der Mindestsicherung. Auch die Notstandshilfe soll beendet und durch ein teilweise radikal gekürztes, neues Mindestsicherungsmodell ersetzt. Damit drohen tiefe Risse im sozialen Netz mit unabsehbaren Auswirkungen. Kinder, ältere und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen ohne

Pflichtschulabschluss bzw. mit Fluchtgeschichte wird es nach den Plänen der Bundesregierung besonders hart treffen. Wir betreiben daher bereits seit Wochen mittels Infoständen intensive Aufklärungsarbeit. Auf unserer Webseite finden sich 25 Antworten zu den drängendsten Fragen über das Armutsverschärfungspaket. Unterzeichnen Sie unsere Protestinitiative!



Sozialeinschnitte auf Kosten der Schwächsten.

## FRAUENRECHTE

### Umfrage unter SchülerInnen zu Mädchen- und Frauenrechten

SOS Mitmensch hat erstmals in Österreich eine Erhebung zum Wissensstand von SchülerInnen über Mädchen- und Frauenrechte durchgeführt. Die Studie zeigt, dass es unter 13- bis 15-jährigen Mädchen und Burschen einen enormen Rückhalt für Frauenrechte und große Wissenslücken fest, die die jungen Menschen sehr verwundbar machen. Die überwältigende Mehrheit, nämlich 96 Prozent, gab an, Mädchenrechte und Frauenrechte als wichtig zu erachten. Allerdings sagten über 40 Prozent, dass sie im Unterricht noch nie über Frauenrechte gespro-



Pressekonferenz zu Frauen- und Mädchenrechten.

chen hätten oder sich nicht mehr daran erinnern. Zwei Drittel gaben an, noch nie Infos über Beratungsstellen erhalten zu ha-

ben. Mehr als die Hälfte der Befragten ist in der Schule noch nie mit dem Thema Mobbing und Gewalt gegen Mädchen und Frauen konfrontiert worden. Knapp die Hälfte hat bislang keine Informationen über häusliche Gewalt erhalten. Und etwa ein Drittel hat keine Infos zu gleichen Rechten von Frauen und Männern erhalten. Deshalb ruft SOS Mitmensch zu einer Informationsoffensive an allen Schulen auf. In Gesprächen mit Ministerien und Landesschulstellen wollen wir erreichen, dass junge Menschen in ihrem Bewusstsein gestärkt und sensibilisiert werden. Mehr Infos zur Studie: [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

### UN-Pakt für geregelte Migration unterzeichnen

Rechtsextremisten treiben den Bundeskanzler vor sich her und bringen ihn dazu, den UN-Pakt für geregelte Migration zu boykottieren. Die Regierung öffnet damit das Tor für Extremisten in ganz Europa, ebenfalls gegen den Pakt mobil zu machen. Wer ihn dennoch unterzeichnen möchte, kann das über die Webseite der Initiative „aufstehn“ tun.

### Polizei inseriert in Hetzmedien

Die Regierung ruft zum „Kampf gegen Hass“ auf, doch gleichzeitig finanzieren Ministerien mittels Inseratenschaltungen Medien, die Verschwörungstheorien und Hetze verbreiten. Das Innenministerium geht sogar so weit, Polizeirekruten in solchen Medien zu suchen. Umso wichtiger ist zivilgesellschaftliche Wachsamkeit.

### Wie lange kommen Sie mit 150 Euro aus?

In einem von SOS Mitmensch gedrehten Video geben SpitzenpolitikerInnen zu, dass sie nur wenige Tage mit 150 Euro auskommen. Anlass des Videodrehes waren Aussagen von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, wonach man in Österreich mit monatlich 150 Euro problemlos auskommen könne, wenn man eine Wohnung hat.



PolitikerInnen im Reality-Check.

## ANDERE ÜBER ...

### KOMMENTAR

# Sexuelle Belästigung im Internet

Das gegen Sigrid Maurer ergangene Urteil ist rechtspolitisch unerträglich. Was kann der Gesetzgeber tun?

KOMMENTAR: MICHAEL PILZ

Der Fall der sexuellen Belästigung von Sigrid Maurer durch obszöne Nachrichten aus einem Bierladen als auch die nachfolgende strafgerichtliche, nicht rechtskräftige Verurteilung der Belästigten haben erhebliche Diskussionen in der Öffentlichkeit verursacht.

Nähert man sich der Diskussion aus grundrechtlicher Perspektive, wird klar, dass hier zwei geschützte Rechtsgüter miteinander kollidieren: Das Recht der Betroffenen, sich gegen sexuelle Übergriffe effektiv wehren zu können, und das Recht des bezichtigten Mannes auf Wahrung seines guten Rufes. Hinweise, dass Frau Maurer ihr Posting nur ein bisschen anders formulieren hätte müssen, sind aber ebenso wenig hilfreich, wie das Aufzeigen verblüffender orthographischer Besonderheiten der belästigenden Nachrichten mit sonstigen Postings des Bierladenbetreibers. Wer sich auf diese Ebene der Debatte einlässt, mutet der betroffenen Frau zu, sich entweder in den Details der medienrechtlichen Zulässigkeit einer Äußerung auszukennen, oder die Beweislast für die Täterschaft des mutmaßlichen Belästigers tragen zu müssen, wie dies – allerdings in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht – in der mündlichen Begründung des gegen sie ergangenen Urteils erfolgt ist. Was das gegen Sigrid Maurer ergangene Urteil rechtspolitisch so unerträglich macht, ist der bleibende Eindruck, dass hier eine Frau zum doppelten Opfer ge-

macht wird: Opfer des sexuellen Übergriffs und Opfer der darauffolgenden Strafjustiz. Die neuen sozialen Medien unterliegen den Vorschriften des Medienrechts (vgl. § 1 Abs. 1 Zif. 1 MedienG). Wer jemand anderen in diesen Medien an den Pranger der Öffentlichkeit stellt, muss daher gewärtig sein, dass ihn die – zum Schutze der Grundrechte Betroffener in das Mediengesetz eingeführten! – Rechte und Pflichten des Inhabers eines Massenmediums treffen. Dies sollte aber nicht dazu führen, dass künftig jedermann sich hinter einem elektronischen Account mit dem Hinweis verstecken darf, dass er zur fraglichen Zeit nicht an seinem Computer gesessen sei. Der bestehenden medienrechtlichen Haftung des Nutzers von neuen sozialen Medien könnte daher durch gesetzliche Anpassungen eine Gefährdungshaftung der Inhaber von Accounts für die Übermittlung von elektronischen Nachrichten gegenüber gestellt werden: Wer einen solchen Account zum Versand eigener Nachrichten nutzt, soll für die von dort verschickten Mitteilungen haften, sofern er nicht nachweist, dass der Versand tatsächlich durch einen Dritten erfolgt ist.

In Zeiten des elektronischen Postversands gehen wir meist ganz selbstverständlich von der Authentizität einer elektronischen Nachricht aus und prüfen in der Regel nicht nach, ob sie tatsächlich vom Absender stammt. Der Account-Inhaber würde

bei Schaffung einer persönlichen Verantwortlichkeit für die von seinem Postfach aus versandten Nachrichten gehalten sein, den Zugang Dritter zu seinem Account zu kontrollieren und könnte sich nicht mehr hinter guten oder weniger guten Ausreden verstecken; kann er aber plausibel machen, dass eine Nachricht tatsächlich nicht von ihm verschickt wurde, soll er auch nicht für sie verantwortlich sein.

Bei der Kollision von Grundrechten muss der Rechtsanwender immer eine Interessenabwägung vornehmen, denn die Freiheit des einen endet bekanntlich dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Führt dies aber nach geltendem Recht – wie die bisherigen Entwicklungen im Falle Sigrid Maurer zu zeigen scheinen – zu unbilligen Ergebnissen, muss der Gesetzgeber – losgelöst vom Einzelfall – über ein besseres Recht nachdenken. Dass Frauen sich vor Bestrafung fürchten müssen, wenn sie erfolgte sexuelle Übergriffe aufzeigen, ist nach *#metoo* jedenfalls kein Ergebnis, das heute noch hingenommen werden dürfte.

### ZUR PERSON

## Michael Pilz

Michael Pilz, geboren 1964 in Linz, ist seit 1995 als Rechtsanwalt tätig. Er arbeitet als Medienanwalt in Wien. [www.jus.at](http://www.jus.at)

# Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

**Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen.** Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

**Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich.** Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

**Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.** Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

**Straßenkolportage nervt aber auch manchmal.** Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

**Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst.** Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

**Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten.** Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at)

Danke.



**JETZT SPENDEN!**  
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590  
BIC: BAWAATWW

# Kinderarmut in Österreich verschärfen. Stolz drauf?

**Keine Kürzung  
der Mindestsicherung!**  
Jetzt unterzeichnen:  
[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

